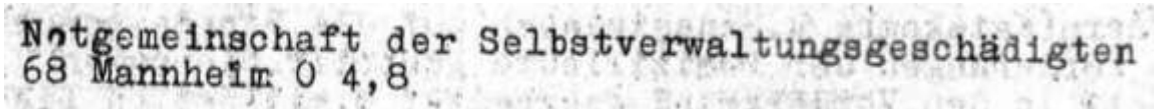


# Einblicke in die



## im Jahr des Sündenfalls 1973

—

### Politische und pädagogische Theoriebildung als Grundlage von Selbstverwaltung im JUZ MA

#### Inhalt

1) Einleitung.....	2
2) <i>Wie revolutionär kann Selbstverwaltung sein? Politische und sozialpädagogische Theorie aus undogmatisch-marxistischer Perspektive: Die drei Kritiken der undogmatischen Linken am Beispiel von ‚Erziehung und Klassenkampf – Zeitschrift für marxistische Pädagogik‘</i> .....	5
2.1) <i>Die Kritik an der bürgerlich-progressiven Jugendarbeitskonzeption</i> .....	5
2.2) <i>Die Kritik an der Ablehnung von Organisierung bei den Spontis</i> .....	6
2.3) <i>Die drei Kritiken an der dogmatisch-marxistischen DKP-Position</i> .....	7
2.3.1) <i>Kritik am technizistischen Organisationsverständnis</i> .....	7
2.3.2) <i>„und Erfahrungen, daß sich in diesen Kämpfen alternative Lebensformen entwickeln“: Kritik am pädagogischen Grundverständnis der DKP</i> .....	8
2.3.3) <i>Kritik an den ideologischen und theoretischen Grundlagen: Das ‚Politische‘ und die einseitige Fixierung auf die Produktion</i> .....	10
2.4) <i>Was folgt daraus? Fragen zur Aktualität</i> .....	14
3) <i>Frühe Fraktionskämpfe im JUZ: Wirklicher „Freiraum“ oder doch nur andere Macht- und Herrschaftsstrukturen?</i> .....	16
3.1) <i>Der Sündenfall: Der Streit um die Solidaritätsadresse zur 1. Mai Demo im Jahr 1973 zwischen organisierter DKP- und unorganisierter Sponti-Linken</i> .....	16
3.2) <i>Die Kritiken an den „Champions der Selbstenthirnung“ (FSTA)</i> .....	20
3.2.1) <i>„Macht und Herrschaft im Jugendzentrum“ – Zur Kritik am Selbstverwaltungskonzept der DKP aus Perspektive von Selbstorganisation</i> .....	23
3.2.2) <i>„die Bestimmung der Wirklichkeit selbst erarbeiten“ – Zur Kritik am Opportunismus und gleichzeitigen Herrschaftsanspruch der DKP</i> .....	27
3.2.3) <i>Kritik am Adressat*innen-Verständnis der DKPler</i> .....	30
4) <i>Wie ging’s nach 1973 weiter? Zur Frage nach Perspektiven</i> .....	33
Anhang: <i>Ankündigungstext</i> .....	34

## 1) Einleitung

Hintergrund des (Vortrags)Textes ist ein Lehrforschungsseminar, das wir beide im Rahmen des Bachelorstudiengangs für Soziale Arbeit an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft angeboten haben. Uns war dabei ein Verständnis von Wissenschaft wichtig, was wir von Anfang an als solidarisch-partizipativ begriffen haben, sowohl hinsichtlich des Verhältnisses zu den Studierenden als auch gegenüber dem Forschungsgegenstand – dem JUZ. Da wir uns bereits eine Weile wissenschaftlich mit der Jugendzentrumsbewegung befassen, fanden wir aus der Hochphase (Mitte der 1970er Jahre) einige Reflexionen, die wir beachten wollten. Aus einer Arbeitsgruppe zum Thema an der Uni Bremen unter Leitung von Christian Marzahn (1977: 246f.) kam diese zum Ergebnis, dass die Rolle vermeintlich neutraler Wissenschaftler\*innen problematisch sind:

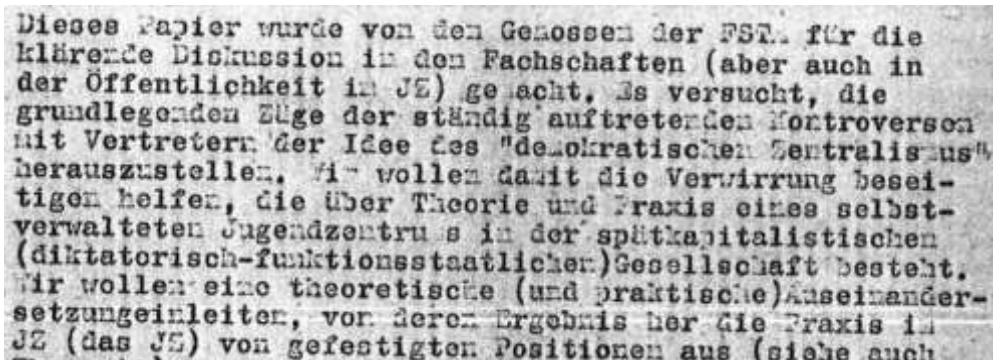
„Den Jugendlichen bleiben Ziel und Zweck seines Unternehmens dunkel. [...] Diese Wissenschaftler sind naiv gegenüber der politischen Verwertung der Ergebnisse. Sie haben den selbstverwalteten Jugendzentren selten genutzt, oft geschadet. [...] „Demgegenüber lassen sich eine Reihe von positiven Aufgaben für Wissenschaftler benennen [...]. Der Wissenschaftler kann zunächst dazu beitragen, daß die Erfahrungen im Aufbau eines SJZ umfassend dokumentiert und nach allen Seiten ausgewertet werden; daß also nicht nur Erfolge gefeiert, sondern daß auch Konflikte, Fehler und Niederlagen nicht verdrängt, vielmehr zu Sprache gebracht und analysiert und [247] daß praktische aus ihnen gezogen werden. Auf diese Weise kann die Selbstreflexion im SJZ Kontinuität annehmen, können [sich] [...] sowohl gemeinsame Traditionen ausbilden und eine allen bewußte und bedeutsame Geschichte entwickeln. Zum anderen kann der Wissenschaftler Forschung im Auftrag des Jugendzentrums betreiben. Er kann Hilfestellung leisten bei der Untersuchung eines Stadtteils, der Bevölkerungsstruktur, vorrangiger Probleme etc. Vor allem kann er als pädagogischer oder juristischer Fachgutachter dem SJZ Entscheidungs- und Legitimationshilfen geben.“

Die einzelnen Forschungsgruppen unseres Lehrforschungsseminars haben sich unter Berücksichtigung dieser Prämissen unterschiedlichen Themen gewidmet, die allesamt historische Anteile hatten. Sie haben nach blinden Flecken in dieser Geschichte gesucht: Wann und wie haben sich feministische Perspektiven im JUZ herausgebildet? Welche Rolle spielten migrantische Perspektiven in der JUZ-Geschichte? Wie haben sich die Konflikte zwischen kommunaler und Selbstverwaltung entwickelt? Welche Fähigkeiten können im Zuge von Selbstverwaltung bei den Aktiven reifen? Wie wir diese Ergebnisse irgendwann präsentieren, ob in einem geschlossenen oder (halb)offenen Format, werden wir erst noch besprechen, wenn alle Gruppen fertig sind. Wir beide haben uns im Zuge des Prozesses selbst auch Themen herausgesucht, die wir spannend fanden und bearbeitet haben. Eines davon ist das, welches wir euch heute vorstellen wollen: Nämlich die politischen Differenzen und resultierenden sozialpädagogischen Implikationen der JUZ-Fraktionen der ersten Stunde. Wir haben uns aus zwei Gründen dafür entschieden, den Vortrag komplett zu verschriftlichen: 1) da die Inhalte in den Gesamtforschungsbericht eingehen sollen, müssen wir ohnehin einen Text produzieren; 2) es hilft uns dabei, die Zeit einhalten zu können.

Ziel des Vortrags soll es also einerseits sein, das Konzept Selbstverwaltung und dessen politische Implikationen vor dem Hintergrund der historischen Bedingungen seiner Entstehungszeit und der Bewegungsgeschichte zu beleuchten. Wir wollen zeigen, dass die auch im JUZ häufig als Erfolgsgeschichte gezeichnete Erzählung („was aus den Leuten aufgrund ihrer JUZ-Sozialisation so alles geworden ist“; Film ‚Freie Räume – Eine Geschichte der Jugendzentrumsbewegung‘ von Tobias Frindt etc.) zugleich Widersprüche und Ausschlussmechanismen verdeckt. ‚Außen‘-politisch ist ein solches Narrativ durchaus nachvollziehbar und notwendig, um die gewonnenen Kämpfe auch als

Stärke anzuerkennen und die Vorzüge von Selbstverwaltung für Externe darstellbar zu machen. Andererseits denken wir, dass die hierdurch verdeckten Konflikte – ganz psychoanalytisch bezeichnet – wiederkehren. Sie besitzen unserer Meinung nach – offen oder verdeckt – noch heute eine gewisse Relevanz. Daher wollen wir anschließend eine Diskussion zur Frage anregen, ob diese älteren Debatten dem „Dino“ JUZ Mannheim noch heute als Anregungs- und Aufklärungspotential für aktuelle (interne) Debatten dienen können.

Mit diesem Anliegen bereits stellen wir uns in eine Traditionslinie „theoretischer Aufarbeitung“, die hier im JUZ einst einen eigenen Fachschafftsstatus (Fachschaft Theoretische Aufarbeitung: FSTA) innehatte:



Dieses Papier wurde von den Genossen der FSTA für die klärende Diskussion in den Fachschaften (aber auch in der Öffentlichkeit im JUZ) gemacht. Es versucht, die grundlegenden Züge der ständig auftretenden Kontroversen mit Vertretern der Idee des "demokratischen Zentralismus" herauszustellen. Wir wollen damit die Verwirrung beseitigen helfen, die über Theorie und Praxis eines selbstverwalteten Jugendzentrums in der spätkapitalistischen (diktatorisch-funktionsstaatlichen) Gesellschaft besteht. Wir wollen eine theoretische (und praktische) Auseinandersetzung einleiten, von deren Ergebnis her die Praxis im JUZ (das JUZ) von gefestigten Positionen aus (siehe auch

(etwa Mitte 1973)

Selbst wenn wir auch an dieser Linie einige Kritikpunkte äußern werden, können und wollen wir nicht verschweigen, dass sie uns als die sympathischere erscheint. Und gerade weil diese im offiziellen JUZ-Narrativ kaum noch auftaucht, wollen wir sie wieder ins Bewusstsein heben und dabei, der FSTA gleich, „eine theoretisch (und damit praktische) Auseinandersetzung einleiten, von deren Ergebnis hier die Praxis im JZ [...] von gefestigten Positionen aus [...] bestimmt und entfaltet werden kann.“

Zugleich wollen wir am sehr konkreten Gegenstand (unser JUZ) Einblicke in die Bewegungsgeschichte der sog. 68er geben und zeigen, dass trotz der Nähe zu einem ihrer Zentren – nämlich Frankfurt – die dort erarbeiteten Positionen der sog. neuen, undogmatischen Linken hier vor Ort weitestgehend aus dem JUZ herausgedrängt wurden.

Aus der Geschichte kann nur lernen, wer sie kennt. Uns fällt dabei immer häufiger auf, wie kurz die Halbwertszeit von als sicher geglaubten Wissensbeständen ist. Debatten werden immer wieder geführt und zwar so, als wurde das Rad gerade neu erfunden. Wir bergreifen hier die inzwischen auf fast 50 Jahre zugehende Geschichte des JUZ als eine Art Erfahrungsschatz, den es erst noch richtig zu heben und zu bergen gilt. Von einigen Seiten ist die Idee einer Geschichts-AG für das JUZ angestoßen worden. Da ist sehr zu begrüßen, denn unsere kleine Forschung kann nur als Ausgangspunkt begriffen werden – einige Fäden wurden geöffnet, ohne sie richtig in eine kongruente Erzählung verweben zu können.

Zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen nehmen wir nicht die Zeit des Kampfes bis zum Einzug des JUZ in O4, 8. Auch wenn es bezüglich unserer Frage nach den politischen Strömungen der Anfangszeit hier einiges zu berichten gäbe (z.B. die Namensgebung der ‚Selbstorganisation Paradeplatz (SOP)‘ oder der Streit zwischen DKP-Fraktion und Spontis bzgl. der Fehlinformation bei einer versuchten Hausbesetzung), setzen wir mit der JUZ-Gründung und den ersten JUZ-internen Reflexionen auf diese ein. Warum wir genau zu jener Zeit so ins Detail gehen, hat einen zweifachen Grund:

1. Man kann wohl zu Recht sagen, dass der Einfluss dieser Bewegungsphase und der seinerzeit vollzogene subkulturelle Wandel sowohl im bundesrepublikanischen Diskurs (auch um die gar nicht so ‚Neue Rechte‘ – Stichwort: durch ’68 links-grün-versiffte BRD) als auch innerhalb der Linken eine zentrale Bedeutung hat: Sebastian Kasper, der Autor des 2019 erschienen Buches ‚Spontis – Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt‘ sagt in einem Interview im Radio Dreyeckland zu seinem Buch: „Das ist die These, die das Buch trägt, [...] eigentlich passiert in den 70er Jahren [...] der Wandel, der ganz stark die heutige Linke noch prägt. Also ich würde sagen die Linke ’75 hat mehr Ähnlichkeit mit der heutigen Linken als vielleicht noch in den 60er und 50er Jahren, obwohl es zeitlich viel mehr Unterschied ist.“<sup>1</sup>
2. Wir können – und das lässt sich gut anhand der Dokumente aufzeigen – die Gründungsphase, die eben genau in die von Kasper beschriebene Zeit fällt, als eine Art regionalgeschichtlich bedeutsamen Kristallisationspunkt von Öffnung und (Aus)Schließung rekonstruieren. Eine solche Rekonstruktion der Bewegungsgeschichte muss unserer Meinung nach den Widerspruch sichtbar machen und ihn nicht durch eine rein erfolgsgeschichtliche Überformung verdecken. Geschichte ist auch Diskontinuität.

Die Struktur des Vortrags ist dabei von folgendem Grundgedanken geprägt: Vom Allgemeinen (Analyse der politischen und pädagogischen Theorie aus undogmatisch-marxistischer Perspektive, die so nicht im JUZ repräsentiert war) ausgehend schauen wir uns das Konkrete (Flyermaterial des historischen Moments rund um die JUZ-Gründung) an, um so wiederum zum Allgemeinen (Was ist geblieben und besitzt noch Gültigkeit? Was machen wir jetzt daraus?) zurückkommen zu können.

---

<sup>1</sup> <https://rdl.de/beitrag/spontis-eine-geschichte-antiautoritaer-linker-im-roten-jahrzehnt>

## 2) *Wie revolutionär kann Selbstverwaltung sein? Politische und sozialpädagogische Theorie aus undogmatisch-marxistischer Perspektive: Die drei Kritiken der undogmatischen Linken am Beispiel von ‚Erziehung und Klassenkampf – Zeitschrift für marxistische Pädagogik‘*

Zunächst wollen wir mit der sozialpädagogischen Diskussion und der in ihr enthaltenen politischen Theorie anfangen, bevor wir uns anschließend den unterschiedlichen politischen Fraktionen im JUZ und ihren Positionen am Bsp. des besagten Flyermaterials genauer widmen wollen.

Im Jahr 1973 publiziert ‚Erziehung und Klassenkampf – Zeitschrift für marxistische Pädagogik‘ (E&K) eine Doppelausgabe (#10/11) zum Schwerpunkt selbstverwalteter Jugendzentren. Einleitend umreißen sie bereits ihre politische wie pädagogische Grundannahme:

Bei den meisten Jugendzentrums-Initiativen steht die Absicht im Vordergrund, sich einen Bereich zu schaffen, in dem andere, bessere Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind als überall sonst, sei es im Betrieb, der Schule, der Wohnung der Eltern und im Freizeitbereich selbst. Die darin enthaltene Forderung nach „Selbstbestimmung der Freizeit“ enthält die Möglichkeit, mitunter auch bereits die klare Tendenz, die Freizeit nicht als abgeschlossenen, autonomen Bereich, sondern als besonders günstiges Handlungs- und Lernfeld zu begreifen, in dem sich Erfahrungen machen lassen und Impulse entwickeln können, die auf alle Lebensbereiche zurückwirken und zur Herausbildung einer antikapitalistischen Handlungsperspektive führen können.

(S. 4)

Ein erstes und sehr zentrales Politikum dieser Zeit war also die Frage, welche Bedeutung die Freizeit für den Prozess der Herausbildung von Autonomie und (politischem Selbst-)Bewusstsein spielen kann. Da wir uns hier auf die link(sradikal)e bzw. dezidiert marxistisch-antikapitalistische Theorietradition beziehen wollen, lassen wir die staatstragenden, „sozialintegrativen“ Theoriepositionen, denen es einzig darum ging, Jugendliche „von der Straße zu holen“ und sie unter erwachsene Aufsicht zu stellen, außen vor.

### *2.1) Die Kritik an der bürgerlich-progressiven Jugendarbeitskonzeption*

Die als *progressiv* (bzw. später fälschlicher Weise einzig als emanzipatorisch) bezeichnete *Traditionslinie* der Jugendarbeit reißen wir nur kurz an. Sie besetzten den Freizeitbegriff (mitsamt aller ihrer Implikationen von der anderen, besseren Seite bzw. Auszeit von der Arbeit) einseitig positiv: Das Konzept Freizeit sei dabei bereits die existierende Realisierung von Freiheit. Allerdings sei die Freizeit durch die Entfremdung der Arbeit, durch Massenproduktion und -konsumtion so stark entstellt, dass selbst in ihr vorwiegend falsche Bedürfnisse (Güter- und Drogenkonsum, Gewalt etc.) zum Tragen kämen. Für die progressive Linie lag daher die Rolle der Sozialpädagogik in der Anleitung zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung als Bedingung der Möglichkeit von Mündigkeit/Autonomie/Selbstbestimmung. Aufgrund dieses Rollenverständnisses sprachen sie sich letztlich in der Fachdebatte kaum für Selbstverwaltungskonzepte aus.

Es handelt sich hier um eine Zeitdiagnose, die weitestgehend ohne eine Klassen- (bzw. Schicht-)Analyse auskam, da von der Vermassung der Gesellschaft so gut wie alle (wenn auch in unterschiedlichem Maße) betroffen seien. Diese progressive Tradition der Jugendarbeit blendete

dabei die Klassenlage so stark aus, dass sie stets von „den Jugendlichen“ redete, obwohl sie eigentlich nur die „Arbeiterjugendlichen“ meinte (vgl. S. 9). Sie begriffen diese Jugendlichen als „spezifische[n] Ausdruck einer [...] gesellschaftlich bedingten ‚Übergangskrise‘ an der Bruchstelle mißlingender gesellschaftlicher Integration der Heranwachsenden.“ (S. 10) Dieser Sichtweise widersprechen die Autor\*innen von E&K:

1971, S. 17). Dies heißt freilich nicht, daß die Jugendzentrums-Initiativen als *altersbedingtes*, d. h. *zeitweiliges* „jugendliches“ Aufbegehren gegen die „Welt der Erwachsenen“ (H. Giesecke) zu verstehen wären, daß mit der Erreichung eines bestimmten Alters und der erfolgten „Emanzipation gegenüber den erwachsenen Autoritäten“ sich in ein Nichts auflösen und „vergessen“ würde. Mit einer solchen verharmlosenden „Erklärung“ würden die gesellschaftlichen Zusammenhänge und politischen Implikationen unterschlagen.

(S. 10)

Die hier erwähnte „verharmlosende ‚Erklärung‘“ meint, dass die Krise nicht nur eine der Anpassung bzw. des Verständnisses unter den Generationen sei, sondern im Kapitalismus systemisch bedingte Widersprüche bestehen, die nicht nur „(sozial)pädagogisch“ aufgeklärt/bearbeitet werden können. Die zugleich, wie anfangs erwähnt, in dieser Position enthaltene Kritik an der „Freizeitideologie“ trifft dabei nicht nur die progressiven Sozialpädagog\*innen.

## 2.2) Die Kritik an der Ablehnung von Organisation bei den Spontis

Auch den in der Jugendzentrumsbewegung seiner Zeit an vielen Stellen auftauchenden Fraktionen der frühen Spontis, die stets selbst lieber von ‚Selbstorganisation‘ als von ‚Selbstverwaltung‘ sprachen (*dazu später mehr*), wurde dieselbe Kritik des Verfallens in eine Freizeitideologie zuteil: Aus Perspektive der E&K-Autor\*innen wird das JUZ von diesen Fraktionen lediglich begriffen

als eine Art Ausweichmanöver oder Ersatzhandlung begriffen werden, die von Jugendlichen getragen werden, die mit ihrer Situation in der Schule, im Betrieb, in der Familie unzufrieden sind und in der Freizeit am ehesten eine Möglichkeit der Befreiung a fremdbestimmenden Zwängen oder Entschädigung für erlittene Ausbeutung und Unterdrückung sehen. Diese kompensatorischen Manöver entsprechen genau der im Kapitalismus herrschenden Freizeitideologie – am deutlichsten in der Formel von der „Freizeitgesellschaft“ ausgeprägt – wonach die Freizeit Freiheit und Selbstverwirklichung gestattet eine Ideologie, die tatsächlich in den verschiedensten Erscheinungsformen der sog. Subkultur, bzw. in den Köpfen der an ihr partizipierenden Jugendlichen sich niederschlägt.

(S. 63)

An anderer Stelle verweisen die Autor\*innen in inhaltlich ähnlicher Kritik auf die unter den Spontis neben „Subkultur“ zudem verbreiteten zentralen Begriffe „Insel“ und „Freiraum“. Insbesondere letzterer ist noch heute genuiner Bestandteil des Selbstbildes von JUZ-Aktiven (exemplarisch: Internetauftritt des JUZ MA und Film von Tobias Frindt) und verweist auf eine Phase, als mit dem Aufkommen der Autonomen-Bewegung vor Ort (Ende der 80er Jahre) zugleich die in der Frühphase verdrängten spontaneistischen Ideen wiederaufkamen. Die konzeptionelle Differenz zwischen Selbst- ‚Organisation‘ und - ‚Verwaltung‘ wollen wir am Bsp. der Fraktionskämpfe im JUZ mithilfe ausgewählten historischen Flyer-Materials verdeutlichen (siehe Abschnitt 3).

### 2.3) Die drei Kritiken an der dogmatisch-marxistischen DKP-Position

Zunächst werden wir allerdings die Kritik der undogmatisch-marxistischen Autor\*innen aus E&K am verbürokratisierten Modell der dogmatischen DKP anhand von drei Kritikmomenten veranschaulichen.

#### 2.3.1) Kritik am technizistischen Organisationsverständnis

Das Modell der DKP ist ihrer Meinung nach...

so vernünftig, daß kein Mensch etwas dagegen haben kann. Da wird Demokratie geübt. Da ist alles durchorganisiert und geplant, manchmal nennt es sich auch Rat der Räten. Diese bis aufs letzte ausgetüftelte „Selbstorganisation“ ist denn auch so vernünftig, daß sie mit den Interessen der Jugendlichen überhaupt nichts zu tun haben kann. Es bleibt zu fürchten, daß es alsbald nur noch einen Haufen selbstorganisierte Berufsjugendlicher gibt – und die Masse der Zentrumsbesucher, die wegbleiben und auch wiederkommen, je nachdem, was gerade von den Berufsjugendlichen angeboten wird.

Und so sieht die Selbstorganisation aus (in Neustadt, in Wuppertal und – etwas weniger perfektionistisch – in Mannheim. In seiner Reinheit kann dies nur Können von Formaldemokraten, Kommunalbeamten, Pädagogen, Gymnasiasten oder Berufsjugendlichen entwachsen!

(S. 47)

Dieses Modell hat mit Selbstorganisation der Massen nichts zu tun. Es ist vielmehr der verbürokratisierte Ausdruck bürgerlich-parlamentarischer Demokratievorstellungen. Im Zentrum findet eine Trennung statt von politischer Arbeit (in den Gruppen technischer Organisation des Freizeitbetriebs (in den Abteilungen) und Planung von Projekten (in den Ausschüssen), in denen sich insbesondere qualifizierte Fachkräfte betätigen sollen. Die Entscheidungsstruktur wird durch den „Rat“ verselbständigt, spontane Artikulation wird organisatorisch unterdrückt. Die Vollversammlung – „mindestens alle vier Wochen einmal“ – wird reines Akklamationsorgan. „Anfanglich haben wir versucht, in der Vollversammlung unsere Vorstellungen zur Gesamtkonzeption zu diskutieren und zur Entscheidung zu bringen. Der Umfang der Problemstellungen machte sehr bald Arbeitskreise nötig, aus denen sich die einzelnen Fachschaften herausgebildet haben. Sehr bald wurde deutlich, daß die in den Fachschaften entwickelten Vorstellungen nicht mehr in der Vollversammlung ausdiskutiert und zur Entscheidung gebracht werden konnten. Die Diskussionen zogen sich mehr und mehr hin. Um die Arbeit besser koordinieren zu können und damit rascher entscheidungsfähig zu sein, hat sich aus den Fachschaften ein Delegiertenstand gebildet.“ (Mannheim) So schnell verselbständigen sich Strukturen, und wenig traut man plebiszitären Entscheidungsgremien! Es bleibt zu erwarten, daß Vollversammlungen leer sein werden.

(S. 48)

Bereits 1973 kommen die E&K-Autor\*innen wegen dieser Einhegung des Protests in formalistische und vermeintlich „vernünftige“ Bahnen zu folgendem Schluss:

Demgegenüber findet die Idee der Selbstverwaltung, scheint es, langsam bei einigen staatlichen Behörden mehr und mehr Resonanz. Die unter der Ideologie „Mehr-Demokratie-wagen“ angetretene SPD, insbesondere die „linke“, sieht darin eine Möglichkeit, die Reproduktionsbedingungen des Kapitals zu verbessern. „Ich glaube, es wird, einer der

(S. 34)

Was also bereits früh eine Rolle spielte – und auch bis heute ein Diskussionspunkt ist, den man im Anschluss an unseren Vortrag nochmal aufgreifen könnte –, war die Affirmation und Instrumentalisierung von Selbstverwaltung durch die herrschende Ordnung. Das wurde in den letzten 30 Jahren in der Linken zwar häufiger thematisiert und ist inzwischen in die kanonisierte Kritik am Neoliberalismus eingegangen. Exemplarisch können hier aus soziologischer Perspektive Luc Boltanskis und Eve Chiapellos ‚Der neue Geist des Kapitalismus‘ oder etwa aus der aktuellen Ausgabe der Phase2 das Interview mit Bini Adamczak genannt werden, wo sie von einer „neoliberalen Aneignung von 1968“ (S. 34) spricht: „Die Singularisierung, die in der poststrukturalistischen Diskussion noch als emanzipatorisches Moment begrüßt wurde, ist heute ein Moment von Herrschaft.“ (Ebd.). Zu fragen bliebe dennoch, wie hierdurch politische Handlungsspielräume entstanden sind, die noch heute ausgenutzt werden können (etwa die positive Resonanz auf Selbstdarstellung des JUZ während des Schließungsversuchs Ende 2017 und die in diesem Zuge intern kurz wiederaufgeflamte Diskussion um finanzielle Abhängigkeit von kommunalen Geldern).

### 2.3.2) „und Erfahrungen, daß sich in diesen Kämpfen alternative Lebensformen entwickeln“: Kritik am pädagogischen Grundverständnis der DKP

Die E&K-Autor\*innen haben sich damals auch bereits der Frage gewidmet, welche Faktoren erfüllt sein müssen, damit eine Subsumtion unter den sozialdemokratisch-bürgerlichen bzw. staatstragend-sozialistischen Formalismus nicht so ohne weiteres möglich wird. Ihre Fragen dazu bezogen sich zunächst auf die Bedeutung der Kampferfahrung und ab wann der finanzielle Zuschuss der Kommune nicht mehr als wohlwollende Spende verstanden wird:

Notwendig und vertretbar wäre also, vom Staat durchaus „Unterstützung“ zu verlangen. Die finanziellen Zuschüsse, die der Staat unter Umständen gewährt, werden nur dann zu einer Knebelung der politischen Praxis des Jugendzentrums und dienen nur dann der Illusionsbildung über die „Großzügigkeit“ des Staates, wenn sie an Bedingungen geknüpft werden bzw. als Geschenk erscheinen, d. h. nicht das Ergebnis eines Kampfes sind, der den Staat zur „Unterstützung“ zwingt und noch in der „Gewährung“ von Zuschüssen, dessen Widerwillen sichtbar werden läßt. Das Klassenbewußtsein und Selbstvertrauen der unterdrückten Massen in ihre eigene Stärke entsteht nicht mit einem Schlag zum Zeitpunkt der revolutionären Sprengung des Unterdrückungszusammenhangs, sondern entwickelt sich bereits in Kämpfen, die selber nicht unmittelbar die Abschaffung des Kapitalismus bewirken können. „Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben.“ (Rosa Luxemburg). Die Kämpfe um Jugendzentren und die Jugendzentren selber bieten Gelegenheit hierzu.

(S. 68f.)

Der Historiker David Templin, welcher sich in seinem Buch ‚Freizeit ohne Kontrollen‘ bisher wohl am umfangreichsten mit der Jugendzentrumsbewegung befasst hat, spricht von verschiedenen Phasen der Bewegung. Mit dem Generationenwechsel von den ersten Jugendlichen, die die Räume noch erkämpft hatten, hin zur den nachfolgenden trat vielerorts auch eine Art Ernüchterung und Enttäuschung ein, wie wir anhand der Flyer später zeigen werden. Will man also, wie die E&K-



Autor\*innen, richtigerweise weder von der o.g. vermeintlichen Sprengkraft einer ‚Mit-einem-Schlag‘-Revolutionsmetapher ausgehen, noch von einem kontinuierlichen Reenactment-Modell, bei dem im trotzkistischen Sinne der permanenten Revolution der Kampf immer wieder auf's Neue hätte reinszeniert werden müssen, so bedurfte es eines anderen Organisationsverständnisses:

Nicht die Pädagogisierung der Jugendköpfe, meinen wir, ist der Sinn eines Jugendzentrums. Selbstorganisation im Zusammenhang mit dem *Kampf* um das Jugendzentrum und der Aktivitäten im Jugendzentrum selbst ist zu hinterfragen, ob und wie sich dabei klassenspezifische Handlungsbereitschaft, klassenspezifische Bedürfnisse, klassenspezifisches Bewußtsein bei den *Arbeiterjugendlichen* entfalten. Unserem Mannheimer Pädagogen ist dabei allerdings zu sagen: Klassenbewußtsein entfaltet sich nicht in „relativ autonomen Einheiten“, sondern im aktiven Kampf, der geführt wird zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Nicht „pädagogische Hilfestellungen“ „helfen“, die beschissene Situation der Arbeiterjugend zu verbessern – sie leisten allenfalls punktuelle Hilfe bei einzelnen Individuen – sondern Erfahrungen, daß kollektive und solidarische Formen des Kampfes gegen den Verwertungshunger kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung möglich sind, und Erfahrungen, daß sich in diesem Kämpfen alternative Lebensformen entwickeln. Das, was im Jugendzentrum an Aktivitäten läuft oder laufen soll, kann sich nur bestimmen als Prozeß, der sich bewußt gegen die staatlichen Integrationsversuche wendet und der sich als praktische Kritik der bürgerlichen Freizeitideologie begreift.

(S. 42)

Warum hier neben dem „Kampf um das Jugendzentrum“ bei den „Aktivitäten im Jugendzentrum“ stets auf die „Verbesserung der Lebensbedingungen“ sowie die Entwicklung „alternative[r] Lebensformen“ rekurriert wird, soll später am Verhältnis von Produktion und Reproduktion näher erläutert werden. Zunächst wollen wir aber der Frage nachgehen, welche Erfahrungsdimensionen und Lernperspektiven sich aus diesem gedoppelten Fokus ergeben:

„Freizeit“. Der Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren stellt tendenziell gerade die Ideologie von der Freizeit als Bereich und Zeit der Selbstverwirklichung infrage.

Die im Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren angelegten politischen Lernperspektiven sind zu entwickeln aus einer Analyse der Erfahrungen, die diese Kämpfe mit sich bringen. Die Erfahrungen haben eine doppelte Dimension:

*Erstens* beziehen sie sich auf die Kräfte und Institutionen, gegen deren Interessen und Widerstand die Jugendzentren erkämpft werden. Diese Erfahrung ist daraufhin zu befragen, wieweit in ihr Einsichten in die Grundstruktur und Antagonismen, d. h. den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft möglich werden.

*Zweitens* beziehen sich die Erfahrungen auf die neu zu entwickelnden Formen und Inhalte sozialer Beziehungen und politischer Praxis in den Jugendzentren. Diese Erfahrungen sind daraufhin zu befragen, wie weit in ihnen Perspektiven einer nicht entfremdeten, den Bedürfnissen entsprechenden Alternativen zum Zwangs- und Unterdrückungszusammenhang der im Kapitalismus vorherrschenden Lebensweise sichtbar werden, die nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus erkennbar werden lassen.

Beide Erfahrungs-Dimensionen sind als vermittelte Einheit zu begreifen; werden sie getrennt gesehen, so geht entweder die *Perspektive* des Kampfes unter (er droht zu versanden oder in Resignation zu enden), oder die Notwendigkeit, Alternativen *erkämpfen* zu müssen, geht unter (es entstehen Freiraumillusionen, „Subkultur“ etabliert sich als Insel, die mit den herrschenden Verhältnissen ihren Frieden macht). Aus diesen Gründen reicht es nicht, das Prinzip der „Selbstorganisation“ zu beschwören; die politischen Dimensionen, die die Selbstverwaltung des Jugendzentrums und die damit verbundenen Erfahrungen gewinnen, hängen ab von der Aktionsgeschichte und den Inhalten, die in der „Arbeit“ des Jugendzentrums realisiert werden.

(S. 64)

### 2.3.3) Kritik an den ideologischen und theoretischen Grundlagen: Das ‚Politische‘ und die einseitige Fixierung auf die Produktion

Eine weitere Differenz zwischen undogmatischer E&K- und dogmatischer DKP-Position lag anknüpfend an das zuvor gesagte darin, ob das JUZ nur als Vorfeld-Organisationsform verstanden werden sollte (für den eigentlichen politischen Kämpfen in den Betrieben und Parlamenten auf den bspw. durch Lehrlingsstücke [auch in Mannheim] sensibilisiert werden sollte) oder ob es als eigener Erfahrungs-, Lern- und Kampfraum galt:

Das allerdings bedeutet nicht, daß das selbstverwaltete Jugendzentrum „nur“ als „vopolitische(r) Raum“ bezeichnet werden kann, wie es DKP und SDAJ weiszumachen versuchen (Arbeitspapier der DKP zum Mannheimer Jugendzentrum „Zwei Linien im Jugendzentrum“). Die politischen Dimensionen der Arbeit im und des Kampfes ums Jugendzentrum schrumpfen hier auf die zwei Parolen „Gegen Nepp und Ausbeutung in der Freizeit“ und „Für eine sinnvolle Freizeitgestaltung im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend“ zusammen. In schierer Verzweiflung über den sog. „subjektivistischen und idealistischen Freiheitsdrang“ der sog. „lernenden und arbeitenden Jugend“ bricht die DKP in eine heftige Freak-Neurose aus. In allen Versuchen der Jugendlichen, ihre Bedürfnisse radikal zu äußern, ihr „demokratisches Recht“ nach Lust und Emanzipation zu verwirklichen, wittern die DKP-Berufsjugendlichen das kleinbürgerliche „Aussteigen aus der Gesellschaft“ bzw. das Einsteigen in die „scheinbar erreichte Freiheit von Schlafsack, Joint und Gitarre“. So einfach ist das: kein Begriff von der Situation der Arbeiterjugend, völlige Blindheit über die Bedürfnisse und klassenspezifischen Verhaltensweisen der Arbeiterjugendlichen, der Arbeiterjugend wird allenfalls ein Pennälerbewußtsein zuge-  
traut – dann, nur dann würden sie ins mausgrau-ernsthafte Milieu des Jugendzentrums passen. Als die Arbeit im Jugendzentrum bleibt nur noch Raum für „Fachschaftsarbeit“, das sind – recht studentisch ausgedrückt – Arbeitskreise, wo über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Monopole referiert wird und über die Notwendigkeit des Eintritts in die DKP. Das Eingeständnis der falschen Konzeption liefern die Berufsjugendlichen der DKP gleich mit: „Wir haben Lehrlinge und junge Arbeiter noch nicht genügend für die Aktion gewonnen und in die gemeinsame Arbeit einbezogen. Sie stellen den Hauptteil der 60 000 Mannheimer Jugendlichen dar. Ihr Einfluß im Jugendzentrum wird jedes Sonderinteresse von privilegierten Schwätzern als solches praktisch entlarven . . .“ Nicht nur die, bleibt zu hoffen, sondern alle Berufsjugendlichen auch.

(S. 62; Anm.: Pennal: aus der Schülersprache für weiterführende Schule)

Dreierlei kann unserer Ansicht nach hieraus gezogen werden:

1. Eine Differenz im Verständnis des ‚Politischen‘; denn das, was hier im JUZ passierte, wurde von der DKP eben selbst als ‚noch nicht‘, also als ‚vor‘-politisch verstanden. Dadurch konnte das ‚abweichende Verhalten‘ der Jugendlichen auch nur in den Begriffen Subjektivismus/Idealismus/Bürgerlichkeit kategorisiert werden.
2. Dem Zusammenschrumpfen der politischen Dimensionen auf die zwei Parolen liegt zugleich eine Ideologie zugrunde, die selbst einer simplifizierenden Dichotomie aufsitzt: Während erste sich gegen die personifizierten Freizeit-Ausbeuter (fiese private Kneipenbesitzer etc.) wendet, wird in der zweiten daraus der Schluss gezogen, dass die Jugendlichen von diesen verführt würden und zu einer eigenen „sinnvollen Freizeitgestaltung“ nicht fähig seien. Was im DKP-Verständnis als „sinnvoll“ erscheint, wird in der zweiten Parole gleich mitgeliefert: Mit „lernenden und arbeitenden Jugendlichen“ wird sogleich auf die beiden zentralen politischen Kampffelder, nämlich Schule und Betrieb, abgezielt. Das JUZ bleibt damit, wie gesagt, ein rein „vopolitische(r) Raum“.
3. Am letzten Zitat wird zudem deutlich, dass es der DKP eben nicht um ein sozialpädagogisches Programm für alle im JUZ auftauchenden Jugendlichen (und streng genommen noch nicht einmal wirklich um Arbeiterjugendliche) ging, sondern einzig um ‚arbeitende‘ und in die etablierten Arbeiterorganisationen zu überführende Jugendliche. Wir werden an dieser Stelle keinen Exkurs zum Arbeitsfetischismus in gleichermaßen bürgerlich-kapitalistischen wie dogmatisch-marxistischen Vergesellschaftungsmodellen halten können. Daher sei dies hier nur als Randnotiz erwähnt.

Festgehalten werden kann, dass sich aus der Kapitalismusanalyse der E&K-Autor\*innen eine deutlich weiter ausdifferenzierte Klassenanalyse ergab als es die DKP mit ihrer simplifizierten Dichotomie von Bourgeoisie vs. Proletariat (bzw. Kapital vs. Arbeit) leistete, die auch zur Lebenssituation der Jugendlichen einen deutlich differenziertere Blick einnahm:

Um die sich ausweitenden Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren zu erklären, ist es notwendig, einige *zusätzliche* Faktoren zu diskutieren, die die Lebenssituation der Heranwachsenden in besonderem Maße ausmachen. Diese ist bei Lehrlingen, Jungarbeitern und jungen Angestellten einerseits und bei Oberschülern und Studenten andererseits, ebenso wenig in Stadt und Land identisch – sie weist jedoch einige Gemeinsamkeiten auf, die die Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren bei allen diesen Gruppen und Schichten haben auslösen helfen. Demgegenüber ist zu beachten, daß die Klassenlage der Jugendlichen sich in spezifischer Weise auf die mit den Jugendzentren verbundenen politischen Handlungs- und Lernperspektiven auswirkt; diese werden an späterer Stelle diskutiert.

Bürgerliche Jugendliche wurden daher hier nicht nur als Personen begriffen, die sich mit der proletarischen Jugend zu solidarisieren und ihr Geltung zu verschaffen hatte:

Die Gegenüberstellung von Arbeiter- und Mittelschichtsjugend kann hier nur thesenhaft geschehen, wobei zu unterstreichen wäre, daß eine sozialistische Jugendarbeit im Reproduktionsbereich ihren klassenspezifischen Ansatz keinesfalls in ausgrenzender Weise praktizieren darf. In der diffusen und widersprüchlichen Klassenbasis der Jugendinitiativen im Reproduktionsbereich liegen nicht nur Schwäche und Schwierigkeiten für die Herausbildung einer an Klasseninteressen orientierten Strategie, sondern auch Stärke und Chance, da den in der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder produzierten Spaltungstendenzen zwischen verschiedenen Schichten der (potentiell) Lohnabhängigen durch *gemeinsam* zu führende und organisierende Kämpfe und Aktivitäten am ehesten entgegen gewirkt werden kann.

(S. 15)

Dass hier von „verschiedenen Schichten der (potentiell) Lohnabhängigen“ gesprochen wird, veranschaulicht, dass auch die mögliche Proletarisierung von noch (klein)bürgerlichen Schichten mitgedacht wurde – zumal diese sich ohnehin bereits teilweise denselben Sozialraum (Stadtviertel, Häuserblocks etc.) teilten.

Diese Gleichsetzung von Politik mit ‚dem Politischen‘ führt uns sogleich zum gesellschaftstheoretischen Grundverständnis des dogmatischen Marxismus. Nach den E&K-Autor\*innen dürfe der...

Angriff auf die kapitalistische Wirklichkeit nicht schematisch an die Produktionssphäre fixiert werden darf (die damit selber vom gesamtgesellschaftlichen Reproduktions- und dem Lebenszusammenhang der Individuen isoliert würde), und daß Kämpfe um die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen über Lohnkämpfe hinaus den Menschen Alternativen zur bestehenden Ordnung handgreiflich vor Augen führen und zur Konkretisierung von Handlungsperspektiven und Verstärkung von Handlungsimpulsen beitragen können. Zunächst einmal ist gleichgültig, wo sich die Unzufriedenheit mit den herrschenden Lebensbedingungen und der Wunsch nach ihrer Veränderung zu artikulieren beginnt; das entscheidende Problem ist seine strategische Transformation. Diese ist gebunden an die Einsichten in den Gesamtzusammenhang kapitalistischer Produktion und Reproduktion.

(S. 63)

Entsprechend harsch fiel auch die Kritik aus:

Wir halten jene Position innerhalb der Linken für borniert und die Kämpfe der Jugendlichen gefährdend, die immer wieder – auch angesichts der realen Fakten – stur wiederholen, daß sich die Kämpfe des Proletariats (und damit auch seiner jugendlichen Fraktion) nur im Produktionsbereich organisieren können, daß nur dort Klassenbewußtsein sich entwickeln kann. Diese Genossen, Parteien, Zirkel etc. reagieren eher erschreckt auf alle praktischen Formen des Kampfes, die sich nicht in ihre erstarrten Schablonen von genormten Klassenkampfvorstellungen fügen. Sie sind unfähig, die Auswirkungen der historischen Entwicklung des Kapitalismus, die ihren Ausdruck auch in der zunehmenden Subsumtion aller Lebensbereiche unter das direkte Interesse des Kapitals findet und damit das Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsbereich verändert hat, zu reflektieren und praktisch strategisch zu wenden.

(S. 25)

Die hier an beiden Textstellen veranschaulichte Kritik an der Versteifung auf den Bereich kapitalistischer Produktion (Betriebe/Ökonomie) hatte zur Konsequenz, dem Reproduktionsbereich (das vermeintlich Private, die Lebenszusammenhänge der Subjekte) eine zentrale Bedeutung im politischen Kampf und der pädagogischen Arbeit beizumessen, ohne ihn nur – im Sinne einer besseren Logik – gegen ersteren auszuspielen. Ziel dieser undogmatisch-marxistischen Position der E&K-Autor\*innen war demnach eine Verhältnisbestimmung des Produktions- (Arbeit) und Reproduktionsbereichs (Freizeit) vorzunehmen, bei der die Jugendzentren als Lebens- und Lernzusammenhänge gleichsam zum Prüfstein des revolutionären Gehalts der Theorie wurden:

Wir konzentrieren uns auf die Frage, inwieweit in der Reproduktionssphäre selbst, speziell dem Freizeitbereich, sozialistische Kampfperspektiven und Lernprozesse sich entwickeln können bzw. in den Kämpfen um Jugendzentren bereits keimhaft erkennbar sind. [...]

gen der Freizeit angelegt sind. Im Vordergrund stehen dabei die Fragen nach der Relevanz „selbstorganisierter“ Jugendzentren für eine revolutionäre Strategie einerseits und für entsprechende, auf Klassenbewußtsein abzielende Lernprozesse andererseits.

Das hat ganz praktische Implikationen: Die darin vollzogene politische Arbeit wird eben nicht primär – wie etwa bei der DKP – auf den Kampf in Betrieben (Lehrlingsstücke etc.) und auf Stadtparlament/-bürokratie, also auf formalistische Wege ausgerichtet, sondern versucht im Sozialraum politisch wirksam zu werden:

Jugendzentren in Selbstverwaltung sind, dort wo sie sich dem sozialintegrativen Zugri der sich progressiv gebenden Sozialdemokratie entzogen haben, keine Inseln. Sie könne es nicht sein. Denn gerade das Zur-Insel-werden, wo Freiraumpädagogik praktiziert wird ist ja ein Ziel reformistischer Jugendpflege. Wo Selbstorganisation funktioniert, ist das Zentrum im permanenten Stoffwechsel mit der Umwelt.

(S. 59)

Es geht ihnen darum, „den Zusammenhang anderer Bevölkerungsschichten zu ihrer näheren Umwelt einsichtig [zu] machen. Durch eine permanente Agitation werden die Bewohner nicht nur über die Machenschaften der Stadtbürokratie gegenüber dem Jugendzentrum informiert, sondern sie wird in Zusammenhang mit ihrer eigenen Lebenslage gebracht. Viele Jugendzentren nehmen explizit Stadtteilarbeit auf“ (S. 60). Die Autor\*innen berichten hier von verschiedenen JUZen in der BRD, die etwa Abenteuerspielplätze, Kinder-/Stadteilfeste, Mieterkampagnen, Stadteilzeitungen etc. organisieren. Indem sie sich das JUZ als „organisierte Kraft im Stadtteil“ vorstellen, sind sie notgedrungen mit einer Analyse der Lage vor Ort konfrontiert, die eben nicht nur die Dichotomie von proletarischen und bürgerlichen Jugendlichen prolongiert, sondern auch andere Differenzen

entdeckt, wie etwa die aufzuhebende „Spaltung der ausländischen Arbeiter von den deutschen Jugendlichen und Arbeitern“ (S. 61) in Form eines „Volkszentrums“ (später, als die Bearbeitung des Nationalsozialismus weiter fortgeschritten und sprachlich ausdifferenzierter war, sprach man lieber von bspw. Kommunikationszentrum). „Das Jugendhaus steht im Stoffwechsel mit der Bevölkerung. Das Heraustreten aus dem Jugendzentrum durch organisierte Stadtteilarbeit ist das sicherste Mittel, um Zerfallserscheinungen, Spaltungstendenzen unter den Jugendlichen (Rocker, Kiffer, Gymnasiasten, Lehrlinge[, Ausländer] usw.), Kommerzialisierung und Austrocknung im Haus zu verhindern oder aufzuhellen. Die organisierte Intervention im Stadtteil kann durchaus ‚Freizeitcharakter‘ haben. Freizeit und Politik, Spaß und politischer Kampf sind keine unbedingten Gegensätze.“ (S. 60) Festzuhalten bleibt, dass der politische Kampf eine zwar neue, aber dennoch fortgesetzte Erfahrungsdimension in der Theoriebildung bleibt.

## **2.4) Was folgt daraus? Fragen zur Aktualität**

Hieran wird also deutlich, was sie unter der stärkeren Einbeziehung des Reproduktionsbereichs verstehen. Diese Fokusverschiebung in der Analyse deutet bereits den sog. Arbeitsfeldansatz des Sozialistischen Büros („SB“: gegründet im April 1969 in Offenbach) an. Beginnend mit einem Vortrag Oskar Negts im Oktober 1972 zur Organisationsfrage der Linken wurde dieser Ansatz sukzessive weiterentwickelt, bis etwa 10 Jahre später Abschied von ihm genommen wurde.<sup>2</sup> Das Hans-Jürgen-Krahl-Institut schreibt dazu:

„Die Besonderheit des [...] Arbeitsfeldansatzes gegenüber anderen proletarischen Organisationsformen liegt darin, kein Mittel zu sein, einen außer ihm liegenden Zweck zu erreichen, etwa traditionell die Eroberung der Staatsmacht; er ist eine Prozessgestalt. Der prozessual [... sich] innerlich ausdifferenzierende ‚eigentliche Körper‘ des SB durchdringt die Totalität der bürgerlichen Gesellschaft und wälzt sie als ‚Organisator eines Produktionszusammenhangs‘ (Negt 1976) um. In Ansatzpunkten wird das in den Worten erläutert: ‚[...] die sozialistische Bewegung muss neue sozialistische gesellschaftliche Formen und individuelle Verhaltensweisen entwickeln und einüben, die Emanzipation von Herrschaft [...] ermöglichen. Eine Gesellschaft mit qualitativ neuen Beziehungen und [...] Strukturen kann nicht in einem einmaligen revolutionären Akt entstehen‘ (SB 1971). [...] Anstatt der Staatsmacht gelte es erstrangig ‚sozioökonomische Machtpositionen‘ zu erobern und ‚wo möglich Sozialisierung von Teilbereichen der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensverhältnisse‘ zu erreichen.“ (in: Diskus #216, Dez. 2016, S. 44)

Die Transformation wird sich hier als „Einheit von Sozialisierungs- und Bildungsprozess[en]“ vorgestellt und unterscheidet sich damit auch von der Agit-Prop-Strategie, die sich vorstellt, ihre Überzeugungskraft aus einer Unmittelbarkeitserfahrung zu gewinnen. Als Momentaufnahme wurden damals die Arbeitsfelder Produktion, Erziehung und Massenmedien als strategisch wichtig diagnostiziert, jedoch nur im Sinne eines Transformationsprozess der Kräfteverhältnisse.

Warum aber gehen wir auf diesen Ansatz so konkret ein? Weil er den aktuellen Strategiediskussionen der radikalen Linken als Ausgangspunkt dient. Hier sei insbesondere das viel und kontrovers (vgl. Diskus-Ausgabe 216) diskutierte Papier ‚Der kommende Aufprall‘ der Antifa Kritik & Klassenkampf aus FFM genannt, exemplarisch auch das Hans-Jürgen Krahl Revival (Krahl-Konferenz letztes WE in FFM). Aus Platz- und Zeitgründen können wir hier leider nicht im Sinne einer Erweiterung mehr auf die teils berechnete Kritik am SB-Ansatz eingehen.

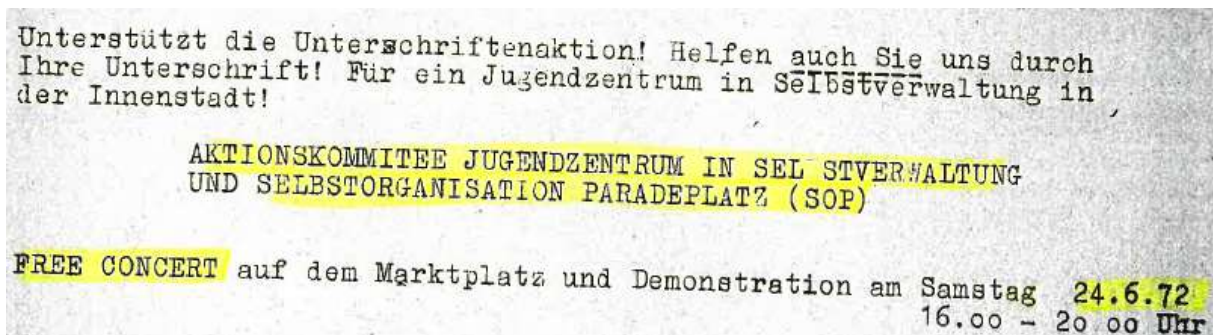
---

<sup>2</sup> <https://jungle.world/index.php/artikel/2019/34/das-etwas-andere-buero>

Was könnte das alles jedoch für's JUZ bedeuten? Als aktueller Diskussionspunkt könnte etwa der Gedanke des Kampffeldes Sozialraum (nicht Parlament/Betrieb) dienen: Die versuchte Schließung Ende 2017 konnte nur durch breiten Rückhalt in Stadt bzw. durch die eigene sozial-kulturelle Einbettung abgewehrt werden. Zu bedenken ist hierbei, dass das JUZ als Institution noch heute von seiner Geschichte lebt (nostalgische Momente der Alt-JUZis, die noch immer vor Ort leben und agieren, teils in kommunalen kulturinstitutionellen Verantwortungspositionen) und dass die Veränderung der Situation/Struktur seit dem Umzug (eher Kulturveranstaltungen als „Jugend“-Zentrum, städtische Randlage, rechte Hegemonien) die Sicherheit der Institution JUZ deutlich ins Wanken bringen. Im Anschluss an den Vortrag könnte dies also weiter reflektiert und als erster Aufschlag für eine anzugehende Strategiedebatte genommen werden. Die E&K-Autor\*innen legten auch hierzu bereits Ideen vor: Der Kampf um das JUZ ist ein endlicher (es war irgendwann erkämpft). Die Lebendigkeit, die durch die äußere Gegnerschaft „der Stadtbürokratie“ erzeugt wurde, muss jedoch durch eine innere Konflikt- und Kritikfähigkeit, die mehr leistet als nur Stellvertreter\*innenkriege durch Schmiereien an der Klawand zu führen, und durch einen permanenten Austausch mit dem Sozialraum ersetzt werden. Letztlich ist die damalige Kritik an der DKP-Position in Teilen noch gültig: „Personalisierung der Verhältnisse“ (Löbel etc.) und „Fixierung auf Staat“ (heute eher noch ein Apparat, dessen Personal dem JUZ wohlwollend gegenübersteht).

### **3) Frühe Fraktionskämpfe im JUZ: Wirklicher „Freiraum“ oder doch nur andere Macht- und Herrschaftsstrukturen?**

Wir wollen nun die Strömungen, die es einst im JUZ gab und die wir als organisierte und unorganisierte Linke bezeichnen, anhand der damals kursierenden Flyer und Positionspapiere noch etwas genauer charakterisieren. Hierdurch soll wieder den Bogen zu den Verhältnissen und Diskussionen hier vor Ort gespannt werden. Wie wir bereits aus der E&K-Kritik erfahren haben, oszillierte die Diskussion zwischen den Polen 1) der „Mystifizierung von Spontaneität und Selbstorganisation“ (unorganisierte Spontis) und 2) der Fetischisierung von Organisation und Formaldemokratie (organisierte DKPler). Da es die Position, wie sie von den E&K-Autor\*innen vertreten wird, zwar so im JUZ nicht vorhanden war, die FSTA allerdings sehr nah an diese herankam, zeigen wir aus dieser uns deutlich sympathischeren Perspektive die Differenzen auf. Wir werden also quasi „von unten“ bzw. von den Ausgeschlossenen her argumentieren. Wichtig ist uns dabei zu zeigen, dass sich diese Differenzen immer deutlicher bis ca. Ende 1974 zuspitzten, während sie noch ganz am Anfang geschlossen auftraten:



#### **3.1) Der Sündenfall: Der Streit um die Solidaritätsadresse zur 1. Mai Demo im Jahr 1973 zwischen organisierter DKP- und unorganisierter Sponti-Linken**

Differenzen rund um die politische Ausrichtung bzw. das politische Grundverständnis, die sich in den Domizil-Unruhen und den Paradeplatz-Demos bereits zeigten (Selbstverwaltung der Partei-Vertreter\*innen vs. Selbstorganisation der Spontis), führten auch in der Diskussion um das Eröffnungsflugblatt zum 1. Mai 1973 und die darin enthaltene „Solidaritätsadresse“ zu ersten Diskussionen. Sowohl die Überschrift „An der Seite der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Freizeit, Ausbeutung und Beruf“ als auch die betonte „Interessengleichheit“ von „Arbeitern und uns Jugendlichen“ war ganz und gar nicht Konsens unter den Jugendlichen.



# AN DER SEITE DER ARBEITERKLASSE GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG IN FREIZEIT, AUSBILDUNG UND BERUF

Am 1. Mai geht überall in der Welt die arbeitende Bevölkerung für ihre demokratischen Rechte und ihre wirtschaftlichen Forderungen auf die Straße. Millionen Menschen demonstrieren gegen die Allmacht der großen Konzerne, ihrem internationalen Klassengegner, der mit den Mitteln ökonomischer Abhängigkeit und mit staatlicher Unterstützung die Menschen ausbeutet und die Völker unterdrückt.

Auch die Jugend Mannheims bekommt das täglich zu spüren. Ob am Fließband, in der Lehrwerkstatt, in den Schulen oder an der Universität - überall steht ihre Arbeit unter der Fuchtel des Kapitals. Suchen sie Entspannung von Arbeitshetze und Prüfungsdruck, werden sie von der Freizeitindustrie in die Mangel genommen und dürfen ihr sauer verdientes Geld Nepplokalbesitzern in den Rachen werfen. Schließen sie sich zusammen, um gemeinsam für eine Freizeitgestaltung in ihrem Interesse zu kämpfen, werden sie erst von Polizei und Justiz verfolgt und dann mit viel zu wenig Geld niederzuhalten versucht.

Und doch war unser Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung ein großer Erfolg: Er hat uns gelehrt, daß das gemeinsame Eintreten für die eigenen Interessen stärker ist als Behördenwillkür. Er hat uns gezeigt, wer auf unserer Seite und wer auf der Seite der Bosse steht. So haben uns zu unserer großen Demonstration am 3.2.73 20 Betriebsräte im Namen ihrer Belegschaften eine Solidaritätsadresse geschickt, worin die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und uns Jugendlichen betont wurden. Dies hat uns gestärkt gegen alle Verschleppungsmanöver derer, die in dieser Stadt das Sagen haben!

Im Sinne dieser Interessengleichheit gilt am 1. Mai unsere Solidarität denen, die gegen Lohnabbau und Preistreiberei kämpfen, ins-

In einem Positionspapier unter der Überschrift „Weg mit den Chaoten im Jugendzentrum !!!“, abgedruckt im internen Debattenblatt der DINGS, werden zentrale, für unsere weitere Diskussion relevante Punkte kritisiert:

## WEG MIT DEN CHAOTEN IM JUGENDZENTRUM !!!

Es muß endlich Schluß sein mit dem Gelaber auf den VVs, das uns bereits seit Monaten an der Arbeit hindert. Wenn wir konkret über das JZ reden; d.h. über Planung u. Einrichtung von O4: Welche Brauerei, welche Wandfarbe, wo was hinkommen soll - über Eröffnungsveranstaltung u. Solidaritätsadressen am 1. Mai usw. usw....

SO HAT DAS NICHTS MIT DEN INTERESSEN GEMEINSAM, DIE DIE JUGENDLICHEN GEÄUSSERT HABEN; DIE BEI DEN "DOMIZILUNRUHEN" AUF DER STRASSE WAREN!

Von diesen Leuten, den sogenannten Kiffern, Freaks usw., ist heute so gut wie keiner mehr i.d. Aktion; u. die wenigen, die heute noch da sind, versucht man mit Verfahrenstechniken (Abstimmungen u. Fachschaften) rauszuschmeißen; [...]

Wenn z.B. der Ingo, wie auf der letzten VV für die Fachsch. Öff. Arb. ein Flugblatt zum 1. Mai vorliest, i.d. große Töne vom Klassenkampf der Lohnarbeiter gespuckt werden, so kann er damit überhaupt keinen Zusammenhang herstellen zwischen JZ u. Arbeiterschaft. Er u. seine Genossen (ob Fotocoll oder DKP ist belanglos) sowie SPDler Wagner u. andere Progressivlingen haben nämlich ein sehr SELTSAMES VERSTÄNDNIS von der Aktion JZ: Die Aktion ist für diese Herrschaften keine Organisation politischer Natur, sondern ein "vopolitischer Raum" - "Eine Möglichkeit, alternative Freizeitmöglichkeiten zu entwickeln" - bestenfalls ein "Forum zur Förderung polit. Entscheidungsprozesse, wo man sich entscheiden kann, zu welcher polit. Gruppe man gehen will".

Wenn da einer nicht mitkommt, oder nicht mitkommen will, so ist er ein CHAOT, der alles kaputt machen will. Man muß sich doch mit der Zeit fragen, woher es kommt, daß solche Leute wie Ingo & Co. spöft das Wort CHAOS in den Mund nehmen, u. welche Beziehung sie zu diesem Begriff CHAOS (Gewirr, Unordnung) haben. Die Antwort ist leicht, man muß sich nur den Lebenswandel dieser Herrschaften einmal ansehen, was jeder einzelne so macht: z.B. ist er organisiert: (das ist wichtig u. richtig, weil er allein nicht weiterkommt) 1. im Fotocoll 2. in der DKP 3. in div. Spartakusgruppen, je nachdem wo sein Arbeitsplatz ist Uni, FHS, PH, WKS oder sonstwo - 4. ist er selbstverständlich im DGB u. unterstützt Betriebsarbeit - er arbeitet natürlich 5. auch in Büroinitiativen: §218, Rote-Punkt-Komitee, u. i.d. JZ-Bewegung. In diesem Chaos (CHAOS) von Organisationen bewegt er sich also, u. überall legt er fest mit Hand an, die Gesellschaft aus den Angeln zu heben; das ist natürlich sehr schwer und auch geht das nicht in allen Organisationen, weil bei den vielen Organisationen auch Organisationen dabei sind, die gar keine Organisationen sind, sondern Organisationen, die Organisationshilfen organisieren, sich in einer Organisation zu organisieren!

Es ist in dieser Situation nur verständlich, daß ein derart überstrapazierter Typ "bald ausflippt, wenn das so weitergeht" (Originalzitat I. Hoppe) Kommt nun einer und will auch noch Unordnung in diese Unordnung bringen; d.h. ORDNUNG SCHAFFEN; dann schreien die Chaoten: Chaos! u. klammern sich an ein Konzeptionspapier u. erzählen jedesmal die gleichen Märchen: Entwicklung des JZ - Notwendigkeit der Fachschaften usw. usw. ....

[...]

Für die Stadt ist wichtig, was im JZ passiert, nicht wer es verwaltet! Es gibt nun ein JZiSV was nun?

Die Leute, die auf der Straße waren; die Kiffer, Fixer, Freaks u. alle sogen. "Ausgeflippte", sind immer noch auf der Straße. Die Aktion braucht sich auch keine Sorgen machen, wie sie sich diese Leute vom Hals halten kann; die haben nämlich kein Interesse z.B. Theater zu spielen, das sich mit der Schüler-Lehrlingsproblematik auseinandersetzt. Die haben ANDERE Sorgen: UNZUREICHENDE WOHNVERHÄLTNISSE - POLIZEI - JUGEND- u. GESUNDHEITSAMT. Wenn sie Glück haben, geht ihnen nur eine der genannten Institutionen nach, wenn sie tot, am Ende sind; meistens aber werden sie reihum durch alle Mühlen gedreht. Die ärztl. Versorgung ist z.B. mehr als miserabel: weil die Stadt kein Geld rausrückt müssen sie zum Teil nach Heidelberg in die Free-HCFI Clinic trampen, wo zu viele Patienten mit zu wenig Ärzten und viel zu unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten auskommen müssen.

In dieser Situation besitzen einige Leute, sog. "Linke", die Frechheit, von einem Erfolg des solidarischen Kampfes gegen die Mannheimer Stadtbürokratie "zu reden, bloß weil sie erreicht haben, daß die Stadt ca 300.000 DM rausrückt, daß sie sich in ihrer Freizeit einen Geschäftsführer u. einen Hausmeister (1500 DM + 600 DM Monatsgehalt) leisten können, dre Theaterspiel und sonstigen Scheiß verwaltet!

Die Freaks, die das Geld nötiger brauchen als die alteingesessenen Drecksäue, die sich in der "Selbstverwaltung" suhlen, werden schon noch zu gebener Zeit Feuer untern Arsch legen!

Diesen Freaks u. nicht den Sonntagsrednern der Gewerkschaft gilt am 1. Mai unsere Solidarität!

Wir versuchen die zentralen Punkte noch einmal zusammenzufassen:

1. Die Differenz von Organisierten/Organisationsfetischist\*innen und Unorganisierten (am Bsp. des Begriffs Chaos), woraus sich unterschiedliche politische Handlungskonzepte (Selbstverwaltung vs. -organisation) ergaben.
2. Die Bedürfnisse der Unorganisierten („Ausgeflippte“: Kiffer, Fixer, Freaks) fanden durch die Art der Kategorisierung (Schüler, Lehrlinge) und der Organisation (Selbstverwaltung) keine

Entsprechung. Das daraus resultierende falsche pädagogische Angebot, was die Organisation „JUZ in Selbstverwaltung“ ihnen bereithielt (Kritik an Lehrlings-Theaterstücken, keine lebensweltliche Unterstützung bei Wohnverhältnissen oder Suchtfragen etc.), führte schon strukturell zu einer Ausschließung und dabei wiederum zur Kritik am Opportunismus der organisierten Wortführer\*innen.

3. Differenz im Verständnis des „Politischen“:
  - a. Das JUZ wurde von den Organisierten nur als „vopolitischer Raum“ begriffen, von wo aus parlamentarische oder gewerkschaftliche Politik vorbereitet werden müsse: „Emanzipation“ wurde so nur durch die Brille des Arbeitskampfes gesehen und (jenseits der Lebenswelt) ausgelagert  
vs.
  - b. Bereits die private Lebenswelt wird als politisch begriffen, daher auch dort Ansatzpunkt für Politik (lebensweltliche Verweigerungshaltung): Emanzipation als eine Art des Nicht-Mitmachens an etablierten formalen Institutionen und Versuch der Etablierung einer selbstbestimmten Lebenspraxis.

Die Kritik konzentriert sich im Positionspapier am Ende, wo das Verständnis dieser „Selbstverwaltung“ und zugleich auch die besagte Solidaritätsadresse gänzlich in Frage gestellt werden.

Zur bewegungsgeschichtlichen Kontextualisierung der Vorgänge hier vor Ort wollen wir eine kurze Bemerkung zum Revolutionsverständnis der Kritischen Theorie einfügen: Sowohl Theodor W. Adorno als auch Herbert Marcuse problematisieren in Bezug auf die revolutionäre Praxis die Verbürgerlichung und Integration des Proletariats, weshalb sie sich von diesem weitestgehend abwenden. Bei Marcuse verschwindet die bürgerliche Klasse zusammen mit dem Proletariat in der eindimensionalen Gesellschaft, deren herrschaftliche Barrieren und integrativen Mechanismen eine Revolution undenkbar erscheinen lassen. In der Zeit der sog. 68er, als überall für die „Revolution“ ein theoretisch legitimes Subjekt gesucht wird, entwickeln sich hierzu unterschiedliche Betrachtungsweisen. Während aufgrund seiner (auch persönlichen) Erfahrungen zur Zeit der nationalsozialistischen Massenmobilisierungen entwickelte Adorno einen tiefen Pessimismus gegenüber allen affektgetriebenen Politikformen (Charakter einer Antipolitik und Negation der Negation am Autoritären: Der Anti-Autoritäre ist ein negativer autoritärer Charakter, der in der pseudoaktiven Zerfallsphase repressiver Praxis zu rotieren beginnt; siehe letzter Aufsatz von ihm: ‚Marginalien zu Theorie und Praxis‘) und verweigerte sich daher auch der Revolte. Zwar verabschiedet sich auch Marcuse gleichsam vom Proletariat als revolutionärem Subjekt, da auch er dessen Versagen am Vorabend des dritten Reiches erlebte, machte aber als ehemaliger Aktivist positive Erfahrungen in der Rätebewegung. Er steht der Praxis der außerparlamentarischen Opposition deutlich positiver gegen (und avanciert teils zu ihrem intellektuellen Theoretiker). Marcuse entdeckt in seiner Randgruppentheorie, die auch im Positionspapier der Unorganisierten aufscheint, die revolutionäre Kraft nun wieder in den aus dem Produktionsprozess Ausgeschlossenen (vermeintlich Asoziale, Verwehrlose, Verrückte, psychisch Kranke etc.; im globalen Kontext die Bewegungen der sog. Dritten Welt). Diese Position kommt ihnen zu, da sie nicht in gleicher Weise von den kapitalistischen Verkehrsformen kompromittiert seien und am stärksten an diesen leiden.<sup>3</sup>

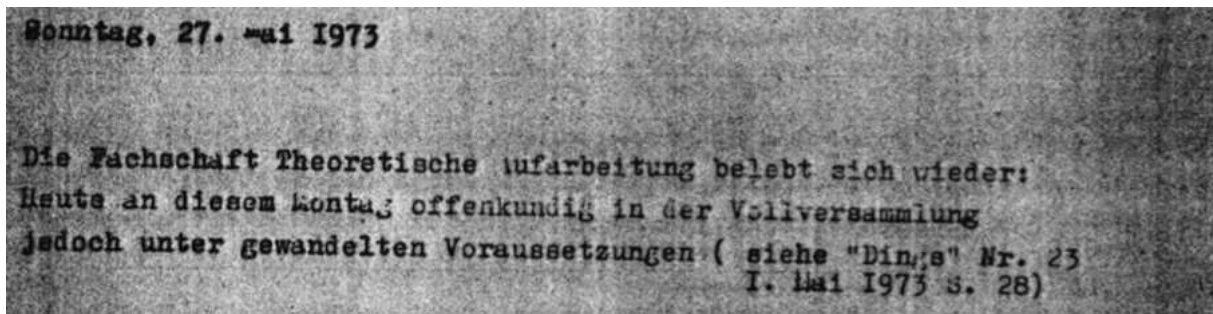
---

<sup>3</sup> <https://www.linksnet.de/artikel/31445>

### 3.2) Die Kritiken an den „Champions der Selbstenthirnung“ (FSTA)

Greifen wir nun also den ersten der drei herausgearbeiteten Punkte aus der 1.-Mai-Debatte auf und schauen uns die weitere Diskussion (insbesondere in der DINGS) dazu an. Der Begriff Selbstorganisation tritt in der Debatte vor Ort bereits sehr früh auf, nämlich bereits Mitte 1972 zu den Domizilunruhen in Verbindung mit der Gruppe ‚Selbstorganisation Paradeplatz‘ (SOP), die sich wiederum den Verhandlungsbedingungen, wie sie von der Stadtbürokratie vorgegeben wurde, widersetzen. Videobeiträgen ist zu entnehmen, dass sich in einem Gespräch mit den JUZis OB Martini direkt nach dieser Gruppe erkundigte, da er ihr Verhältnis zur Bewegung nicht einschätzen konnte. Sie waren es auch, die, nachdem sie merkten von der Stadt bzgl. eines geeigneten Objekts hingehalten zu werden, die Besetzung eines alten Fabrikgebäudes zu forcieren. Teils aus Desinformationspolitik seitens der DKP-Fraktion (Fehlinfo zu einem Polizeieinsatz) kam es nicht dazu. Das Gebäude wurde kurz darauf abgerissen (in der 10 Jahre DINGS-Doku bricht die Erzählung dazu unvermittelt ab).

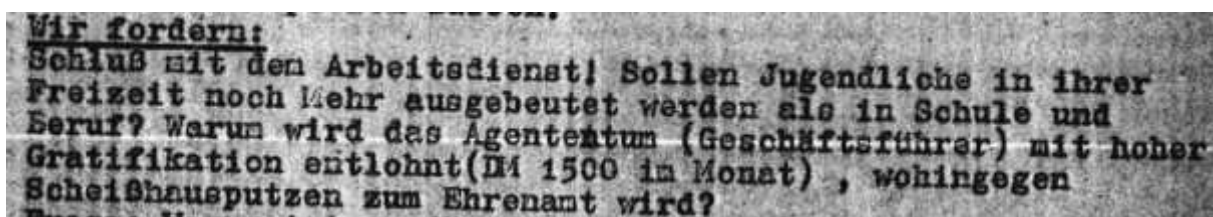
Wir aber steigen mit der Analyse nach der Gründung im Mai 1973 wieder ein. Die Fachschaft ‚Theoretische Aufarbeitung‘ (FSTA), ursprünglich gegründet, um die Überforderung der Geschäftsführung bei Verwaltungsaufgaben wieder in Ordnung zu bringen, gründete sich Ende Mai wieder, „jedoch unter gewandelten Voraussetzungen“.



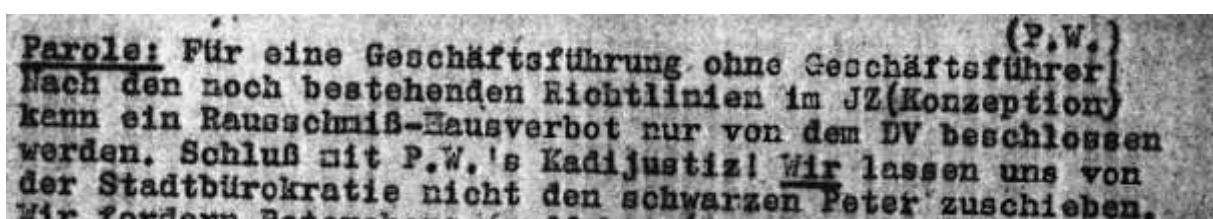
Sonntag, 27. Mai 1973

Die Fachschaft Theoretische Aufarbeitung belebt sich wieder:  
Heute an diesem Montag offenkundig in der Vollversammlung  
jedoch unter gewandelten Voraussetzungen ( siehe "Din,s" Nr. 23  
I. Mai 1973 S. 28)

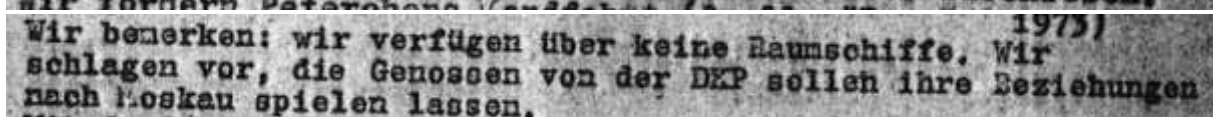
Bereits zuvor hatte die FSTA einen schroffen und sarkastischen Zungenschlag, der sich nun, als sie vielmehr das Ziel politischer Einflussnahme verfolgten (also nicht nur Aufarbeitung von Verwaltungsproblemen), nochmal deutlich verstärkte und sich sowohl gegen die Geschäftsführung als auch die hegemoniale Gruppe der DKP wendete:



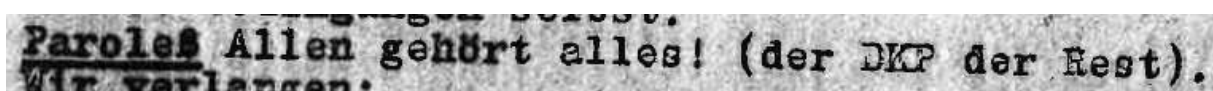
Wir fordern:  
Schluß mit dem Arbeitsdienst! Sollen Jugendliche in ihrer Freizeit noch Mehr ausgebeutet werden als in Schule und Beruf? Warum wird das Agententum (Geschäftsführer) mit hoher Gratifikation entlohnt (DM 1500 im Monat), wohingegen Scheißhausputzen zum Ehrenamt wird?



Parole: Für eine Geschäftsführung ohne Geschäftsführer! Nach den noch bestehenden Richtlinien im JZ (Konzeption) kann ein Rausschmiß-Hausverbot nur von dem DV beschlossen werden. Schluß mit P.W.'s Kadijustiz! Wir lassen uns von der Stadtbürokratie nicht den schwarzen Peter zuschieben. Wir fordern Peterhaken (Kadist)!



Wir bemerken: wir verfügen über keine Raumschiffe. Wir schlagen vor, die Genossen von der DKP sollen ihre Beziehungen nach Moskau spielen lassen.



Paroles Allen gehört alles! (der DKP der Rest).  
Wir verlangen:

Das Ordnungsamt soll auf der Neckarwiese mit den Mäusen eine Hausordnung vereinbaren (Mausordnung).  
Rainer, der Delegierte der FSO, ~~MANNEK-NEKKEKKEKKEK~~  
Vertreter der neuen Mitte und Gast an diesem Abend, fordert:  
"...die Einbeziehung der Bisamratten im Kampf gegen den  
US-Imperialismus..." "... und gegen den russischen Sozial-  
imperialismus." (Maulwurf II)  
Auf Anregung oben genannten Vertreters der neuen Mitte  
soll die Gründung einer Fachschaft "Jubel" in nähere  
Erwägung gezogen werden. Als Quelle liegt vor: "de  
jubilitate", von A.M.S. Netzur, Eisakademie Inzell, 1759,  
Band 2, Kap. 17-29, Seite 231-459, eine wissenschaftliche  
Methode zur Anwendung unqualifizierter Zustimmung.

Anstatt eines Mietvertrages, wie ihn die revisionistischen  
Parteikommunisten (ora et labora) im JZ aus Gründen der  
Taktik" (Lug und Trug) vorgeschlagen haben, fordern die  
Mitglieder der FSTA einstimmig die unentgeltliche Pacht  
in Form eines Erbpachtvertrages über ganz O 4,9 (Gebäude,  
Grundstück, Straße). Als Vertragspartner des Eigentümers  
(Stadt Mannheim) sollen die Jugendlichen des JZ eine ~~JURISTISCHE~~  
juristische Person bilden, d.h. eine eigene Rechtspersön-  
lichkeit erlangen, was eine unabdingbare Voraussetzung  
der Selbstverwaltung darstellt. Im Gegensatz zu allen  
denjenigen, die notgedrungenen Maßen an ihre Parteispitzen  
Erfolgsmeldungen richten müssen, sehen wir nicht ein,  
daß bestehende Unrechtsinstitutionen dadurch verändert werden,  
daß die Herren kommen und gehen, die Knechte aber immer  
die selben bleiben.  
Wir wollen sofort das ganze Haus in eigene Hände.

Der Mietvertrag sollte nicht, wie von dieser anvisiert, mit DKP abgeschlossen werden. Die Grundzüge  
zeigt ein FSTA-Beitrag in der DINGS von etwa einem Monat später:

### Historisch:

Nicht Tränengas, sondern Parolennebel stellte die Domizilruhe wieder her. Eine Organisation, die sich großspurig die Partei der Arbeiterklasse nennt, eine Organisation, die, wenn sie den Rückschritt mit Worten angreift, schon glauben machen will, sie sei der Fortschritt schlechthin. Innerhalb von einem Jahr erstickten Solidaritätsrummel, Selbstverwaltungssillusionen aufkeimenden Kampf, von dem nur noch Kampfesgeschrei blieb (man denke nur an Schlauch). Ein Verein zur Jugendwohlfahrt, "Trägerverein", stellte großzügig einen Wartesaal und 400 qm stinkenden Keller- raumes zur Verfügung. Dieses Ergebnis monatelanger Mausecheleien soll als Kampfergebnis verkauft werden. Jetzt üben sich kleinbürgerliche Vereinsmeier, Mächtegern-Kommunisten und Pseudoliberalen in Selbstbetrug, drängen sich in Gremien und Fachschaften und spielen sich als die Aktion auf, als die Leute, die alles aufgebaut haben und von Anfang an dabei waren, die sich "ihr" JZ nicht kaputt machen lassen und fordern von den anderen Disziplin und Inhaltlichkeit. Wozu das Ganze?

Erprobt die Stadt, wie gut pseudokommunistisches Zirkelwesen geeignet ist, für eine schöne Freizeit zu sorgen? Wird hier erprobt, wie gut kleinbürgerliche Egoisten sich vor anderen aufspielen können, um ihnen das Maul zu verbieten? Zitat: "Halts Maul, du bist nicht dran!", "Rednerliste".

Wird sich hier auf demokratische Art und Weise in Gremien

vorgedrängt? Baut die Stadt darauf, daß disziplinierte Parteikommunisten anderen das Arschkriechen besser beibringen, als Sozialarbeiter?

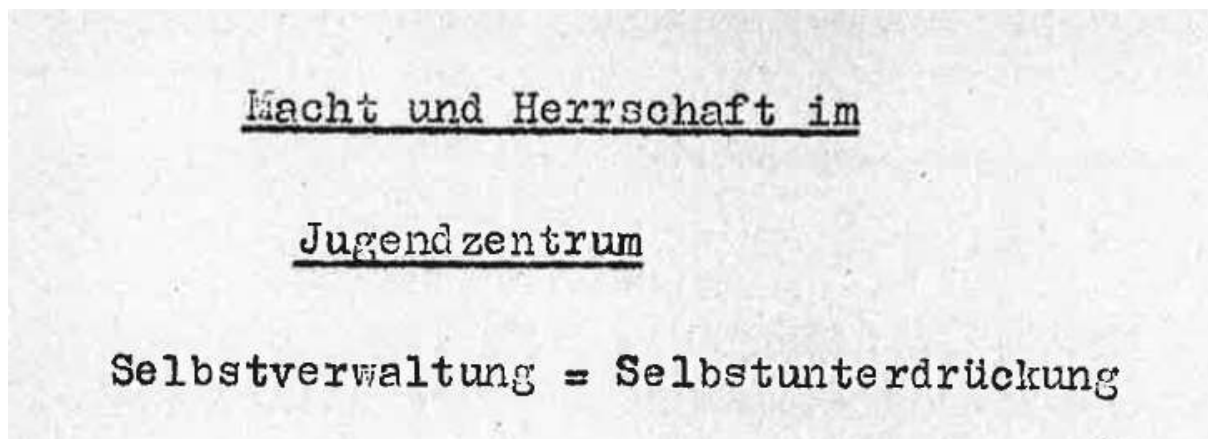
Wer an die Diktatur des Proletariats zu glauben gelernt hat, kann länger auf den Sozialismus warten.

Wir halten nichts von einer 0,5% Strategie und Taktik.

Wir können es nicht ausstehen, wenn Selbstverwalter Polizei spielen.

Wir halten Parolennebel nicht für besser als Tränengas!

### 3.2.1) „Macht und Herrschaft im Jugendzentrum“ – Zur Kritik am Selbstverwaltungskonzept der DKP aus Perspektive von Selbstorganisation

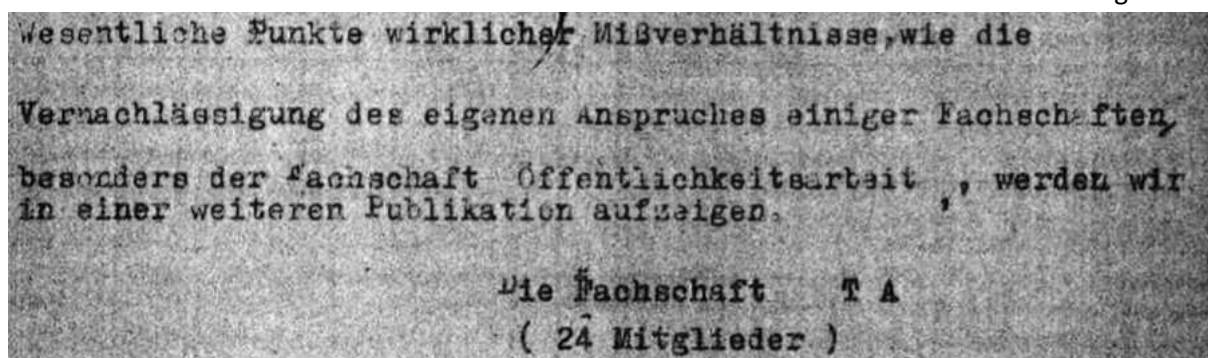


Bezüglich der Frage nach der Selbstverwaltungskonzeption spricht die FSTA bereits in ihrem Flugblatt zur Wiederbelebung davon,

„daß ein Mißverhältnis zwischen der ausgeübten Praxis und dem theoretischen Anspruch eines Jugendzentrums in Selbstverwaltung besteht. Anspruch ist Selbstverwaltung, Praxis ist Fremdverwaltung. Dieses Mißverhältnis zu beseitigen gibt es zwei Möglichkeiten: Mitarbeit oder Mißachtung. Wir halten unter derzeitigen Voraussetzungen Mitarbeit für möglich und somit für das Gegebene. Um dem Anspruch der Selbstverwaltung formal gerecht zu werden, ist die [Mitarbeit?] an en einer Fachschaft notwendig, das heißt aus der Gesamtheit der Bedürfnisse eines jeden müssen einzelne Interessen herausgesplittert werden. Das führt zu ihrer organisatorischen Verselbständigung. Wem diese Aufspaltung nicht ‚gelingt‘, wird selbst wie fremdverwaltet bleiben. Wem diese Aufspaltung gelingt, dem [gelingt?] jedoch auch nichts [...], denn er stellt die Besonderheit eines Einzelinteresses über die Gesamtheit seiner Bedürfnisse: Das Besondere beherrscht das Allgemeine, das besondere gewinnt die Führung. Die Selbstverwaltung ist zerstört. Die Gesamtheit der Bedürfnisse ist die Voraussetzung der wirklichen Selbstverwaltung. Um den Anspruch der Selbstverwaltung verwirklichen zu können ist es notwendig, durch andauerndes Aufzeigen der Mängel und Widersprüche eine Verfestigung der [...] [Mißstände?] zu verhindern. Alle Mißstände müssen beseitigt werden.“

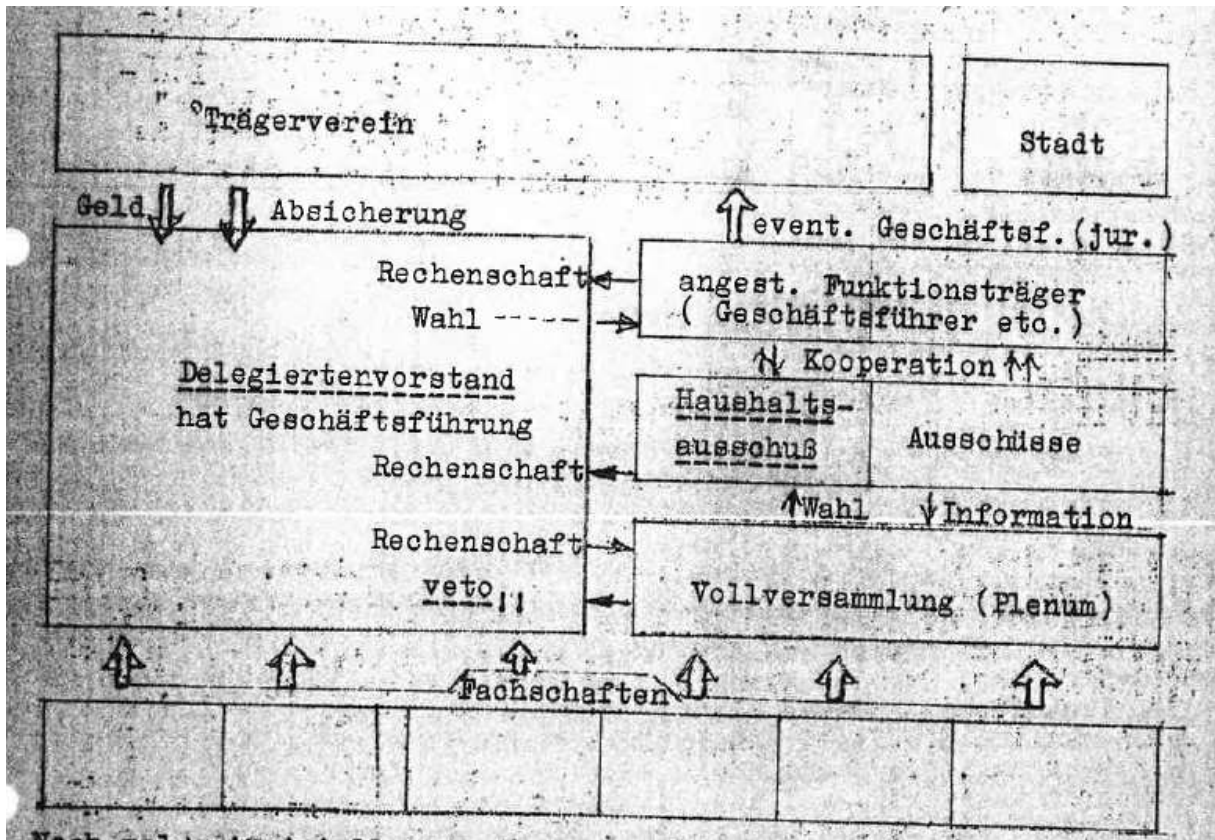
Aus dem hier aufgezeigten theorieimmanenten Widerspruch von „Selbst“-„Verwaltung“, der durch die organisationale Zergliederung die Herausbildung einer Gesamtpersönlichkeit verhindere und der zu einer „organisatorischen Verselbständigung“ führe, leiten sie einerseits Führerfolgschaft und mangelnde Kritikfähigkeit ab (später genaueres hierzu). Zum anderen ein ganz strukturelles Problem der Fachschaftsarbeit, die sich selbst nur noch als relativ blind agierenden Teil(bereich) des Gesamtzusammenhangs versteht. In den einzelnen Fachschaften eines solchen Modells werden keine kritikfähigen, also selbstdenkenden und -agierenden – letztlich selbstorganisierten Persönlichkeiten

herausgebildet.



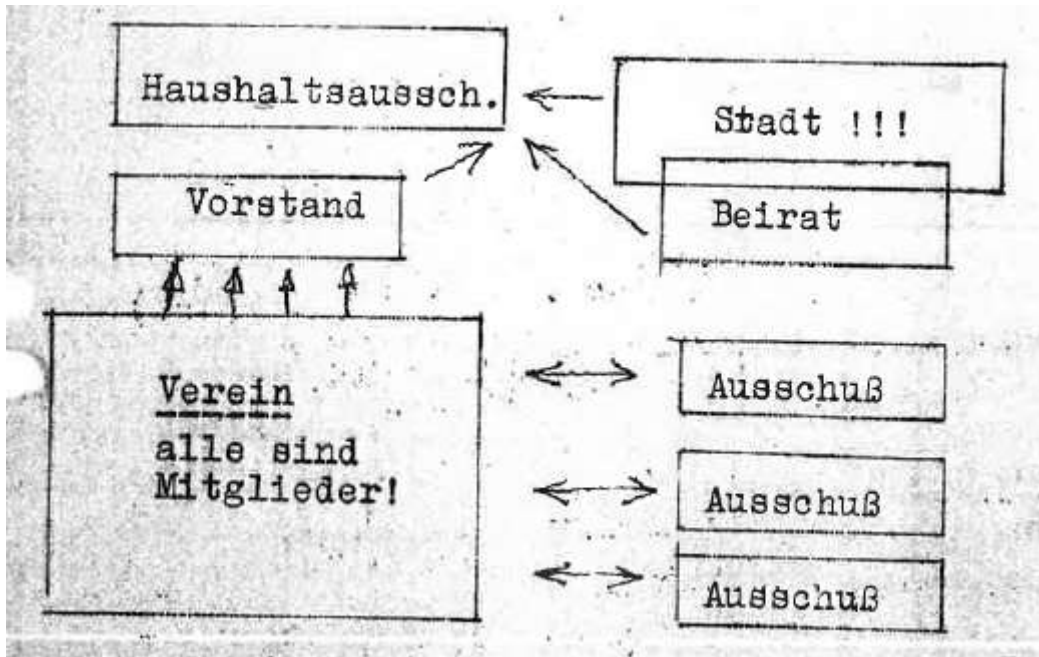
Besonders kritisieren sie am Ende des Papiers die FS ÖA, die dieses Missverhältnis am deutlichsten aufweise und recht blind Befehle ausübe (hier auf interne Herrschaftsverhältnisse und die strategische Besetzung von Machtpositionen hinweisen: FS ÖA wurde bereits sehr früh in einem internen Beschluss [DINGS intern #4, 11/1972] als einziger Gruppe erlaubt, nach außen zu kommunizieren).

Auf diese Kritik werden wir nicht weiter eingehen können. Was aber darüber hinaus spannend ist, ist die Struktur der Selbstverwaltung: Während nämlich die DKP ein Modell installierte, das neben der Vollversammlung (nicht entscheidungsbefugt, letztlich nur beratend) und den hier bereits kritisierten Fachschaften (inhaltlich-arbeitsteilige Grundform, aus der sich Entscheidungsträger\*innen rekrutieren, selbst aber nicht entscheidungsbefugt) zusätzlich noch einen Delegiertenvorstand implizierte. Hier exemplarisch eine Gegenüberstellung aus dem Jahr 1972:



Dieses stark aufgegliederte Delegationsprinzip widersprach noch deutlicher den Vorstellungen der unorganisierten Spontis, die alle Macht einzig der Vollversammlung zusprechen wollte. Hier ein anderes Modell):





Bereits sehr früh, nämlich Mitte 1972 kritisierten die Spontis (SOP) die vorgelegten und das vom Aktionskomitee durchgesetzte Modell:

... ist abstimmungsberechtigt " getrieben wird, die mit der Frage  
 Laut Konzeption ist der Vorstand, der sich aus den gewählten Vertretern  
 der Fachschaften bildet abstimmungsberechtigt. Die Vollversammlung  
 hat ein Vetorecht.  
 Dieses Räte-demokratische Modell ist ganz sicher richtig, wenn die  
 Vollversammlung aus 5000 Personen besteht. Ist es aber nicht eher  
 hinderlich für uns beim Auftauchen einer Problematik diesen Weg zu  
 beschreiten.  
 Dieses würde nämlich folgendermaßen aussehen:

-----

Das auftauchende Problem würde einzeln in den verschiedenen Fache-  
 schaften diskutiert werden, - dann die gewählten Vertreter der  
 Fachschaften, die den Vorstand bilden, kommen im Vorstand zu einem  
 Entschluß -er wird der VV vorgelegt.- die heist ihn entweder gut  
 oder legt ein Veto ein- dann aber muß im Vorstand wieder beraten  
 und abgestimmt werden- usw. usw.....

Da aber unsere derzeitige VV die Summe der Fachschaften bildet  
 ist es bedeutend zeitsparender und vernünftiger Probleme, Probleme  
 die für alle Fachschaften interessant sind gemeinsam der VV  
 zu diskutieren und zu beschließen.

Dies veranlasste die Sponti-Fraktion ab ca. Ende Juli 1973 zunehmend Begriff und Konzept von Selbstverwaltung in recht polemischer Weise zu kritisieren:

Die Struktur (Verwaltung, Pächschaften, Delegiertenvorstand, Geschäftsführung, Politgruppen) ist dadurch bestimmt, daß der einzelne innerhalb des JZ den gleichen Konsum- und Machtzwängen unterliegt, wie auch außerhalb. Verwaltung - mit und ohne SELBST im Vorspann - setzt voraus, daß sich Menschen oder Sachen überhaupt verwalten - konsumieren lassen.

Der Begriff Selbstverwaltung ist Verschleierung der Herrschaftsstrukturen des Kapitals, die das JZ bestimmen. Gemäß dem Demokratischen Zentralismus, der das JZ bestimmt, ist dieses in zwei Gruppen gespalten: Herrscher und Beherrschte. Dadurch wird überhaupt eine Reflexion seiner eigenen Situation innerhalb des kapitalistischen Systems verhindert. Daraus folgt Isolation, Führeranspruch gegenüber der Arbeiterklasse, Mangel an Identifikation mit der Situation anderer Ausgebeuteten und fehlende Solidarität.

Der Führungsanspruch gegenüber der Arbeiterklasse ist Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse und verhindert Bewußtseinsbildung. Einerseits will die DKP die Macht innerhalb des JZ an sich reißen, während sie andererseits aufgrund der daraus resultierenden Befugnisse bestimmen möchte.

welche Jugendliche dem JZ zugehörig sind. D.H. also letztlich, daß alle diejenigen, die nicht in die Schablone der DKP einzuordnen sind, keine Rechte haben werden, im JZ zu arbeiten.

Geht man von diesen Tatsachen aus, so ist die logische Konsequenz: die Ausschaltung der reaktionären Kräfte in dem JZ.

#### Forderung:

--Aufhebung des gegenwärtigen Modells des JZ

--Verhinderung eines Mietvertrages durch die Stadt Mannheim mit der DKP

--Jagt die DKP aus ihrem selbstverschuldeten Arbeiterparadies

--Verhindert, daß sich weiterhin ein breites Lächeln über ihre Züge breitet, wenn sie nur das Wort Proletariat in den Mund nehmen!

Auf die Frage nach dem Adressat\*innen-Kreis des JUZ, die hier an einigen Stellen angedeutet wird („Reflexion seiner eigenen Situation im kapitalistischen System verhindert“, „Mangel an Identifikation mit der Situation anderer Ausgebeuteter“, „welche Jugendlichen dem JZ zugehörig sind“, „Schablone“, „das Wort Proletariat“), gehen wir an dritter Stelle der drei Kritiken ein. Im nächsten Kapitel wollen wir jedoch zunächst die hier gefallenen Stichworte „Führeranspruch gegenüber der Arbeiterklasse“ unter dem Titel „Kritik am Opportunismus und Herrschaftsanspruch der DKP“ thematisieren.

### 3.2.2) „die Bestimmung der Wirklichkeit selbst erarbeiten“ – Zur Kritik am Opportunismus und gleichzeitigen Herrschaftsanspruch der DKP

Zeitlich befinden wir uns gegenwärtig in der Mitte des Jahres 1973, es ist Ferienzeit:

Macht und Herrschaft im  
Jugendzentrum

Selbstverwaltung = Selbstunterdrückung

Die Situation im Jugendzentrum seit Beginn der Ferienzeit offenbarte abermals die Methoden jener Gruppe, nachfolgend Verwaltergruppe genannt, von ehrgeizigen Bonzen, die es mit Hilfe einer Geschäftsführer-Marionette und einer als Delegiert anwesenden getarnten Scher autoritätstuglicher Jublern beherrschen.

9.7.73  
Ingo, ihr Chefideologe verkündete auf der vorletzten Vollversammlung die neuen Richtlinien; frei nach Stalin: Erst Säuberung im Inneren, dann geschlossener Kampf nach außen. (siehe Flugblatt der PB O. vom 5.7.73). Diese VV brachte der Verwaltergruppe außerdem eine Abstimmungsorioliederlage ein. Der Antrag zur Bildung einer Kommission, welche die "Konzeption" neu überarbeiten soll, wurde gegen ihre Stimmen gebilligt, obwohl sie versucht hatte, das Wahlergebnis durch Ausschaltungsbetrug für sich zu beeinflussen.

10.7.73  
Champion Ingo spricht im Delegiertenvorstand der von der VV gebilligten "Kommission zu Entlohnung des Geschäftsführers" (KKG) die Legitimation ab, weil sie begonnen hatte, die Mängel der Geschäftsführung aufzudecken.

16.7.73  
Der Geschäftsführer lehnte humisch grinsend eine Stellungnahme zum Bericht der KKG ab.

20.7.73  
Fand eine als Sonder-VV getarnte Sitzung statt. Unter konspirativen Vorzeichen wurden sämtliche Sympotikanten der Verwaltergruppe zusammengetrommelt, um unerledigte "Elemente" fernzuschalten, wofür der Termin bis zum Schluß geheimgehalten. Der Ausschuß der BK KW wurde rückgängig gemacht. Der Beschluß der Nichtanerkennung der anderen "Freiheiten" wurde nochmals bestätigt.

Um zu einer allgemeinen Einschätzung der vorliegenden und Aktivitäten im JZ zu gelangen, hatten wir noch einmal auf die Chronologie zurückzugreifen. Daraus ergibt sich folgende Stellungnahme der Freischaften TA, ZIG, Freischaften, Kommunales Wohnen:

Wieder einmal hat sich gezeigt, zu welchen Mitteln die Verwaltergruppe in JA zu greifen bereit ist, wenn es um die Abbrechung ihrer Privilegien und Herrschaftsstrukturen geht.

Aufgrund einer der chronologischen Ereignissen vorausgegangenen Äußerungen der DAP-Funktionäre (eine Linie in JE) konnte das Vorgehen der Verw.-Gruppe gegen oppositionelle Fachschaften bereits erkannt werden. Die nachfolgende Auflösung des Fachschaffens jener Gruppen bedeutet einen Versuch der Ausschaltung der Opposition im JE. In diesem Sinne war auch die eigenmächtige Neubesetzung der KBO durch die DAP mit deren Jublern nur folgerichtig.

Ihr Versuch der Neuregelung der Fachschaffensanerkennung durch den DV statt der VW ist ein Musterbeispiel an Rechtsverdrängung. Durch die geschickte Formulierung, "das Anerkennungspapier der Fachschaften muß zuerst der VW vorgelegt werden", täuschen sie über die reale Praxis, die Entscheidung fällt letztlich der DV, hinweg. Die ganze Organisation des JE richtet sich nach autoritären Prinzipien des Parteikonformistischen Vorgehens. Auch hier gibt es eine kleine Gruppe, die von sich behauptet, sie sei die "Avantgarde" die es durch mehr Wissen und bessere "Fähigkeiten" glaubt den anderen vorangehen zu müssen und auf Grund dessen sich auch das Recht anmaßt die ihnen Nachfolgenden zu führen, und die nicht zuführenden hinauszuswerfen. Um dem von ihnen erklärten gemeinsamen Ziel des JE feindlich, und somit schädlich gegenüberstehende erkennen zu dürfen und unschädlich machen zu können, sprechen sie sich den "notigen Überblick" zu. Diesen nötigen größeren Überblick begründen sie theoretisch durch ihren Vorsprung in ihrer Vorstellung vom Ziel des JE, und praktisch in ihrer Beherrschung in politischer Arbeit und in Redetechnik. Das bedeutet Potenzengebotse, Rediklenenergie und Berufsverbot in JE.

Gegen einen starken Stolz in JE!

Für Selbstverantwortung und Selbstbestimmung in JE!

Fachschaften TA, ZIG, Fachschaft, Kommunikatives können

Hier kommen unterschiedliche Machtmethoden zum Vorschein: 1) Seitens der hegemonialen DKP-Fraktion recht autoritäre, wie etwa Restriktionen über die Anerkennungspraxis der Fachschaften oder ein als Sonder-Delegiertenvorstand getarntes Treffen, bei dem „sämtliche Sympathisanten der Verwaltergruppe zusammengetrommelt“ wurden. 2) Auf Seiten der Spontis trotzkistische Taktiken, das System mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen, etwa möglichst viele Fachschaften gründen, um auf Delegiertenvorstand Gegenmacht etablieren zu können. – alles in parodierender Weise (wie etwa

die Gründung der Fachschaft ‚Fachschaft‘) Ihre Einschätzung gegenüber den quasistalinistischen Reaktionen darauf, war deutlich: „Die ganze Organisation des JZ richtet sich nach autoritären Prinzipien des parteikommunistischen Vorgehens.“ (FSTA)

Wie schon an einigen Stellen zuvor ersichtlich, verschärfte sich die Rhetorik (zunächst insbesondere bei der FSTA) bereits Ende Mai 1973: Sie stellten fest, dass die eigentliche „Niederlage der proletarischen Revolution in diesem Jahrhundert [...] die Vernichtung“ ihrer „Begriffsapparatur“ gewesen sei. In diesem Zuge kritisierten sie, dass die DKP eine einfache Lösung dieses Problems gefunden hatte: Als „Champions der Selbstenthirnung“ sind sie zu „Kriechern aufrechten Ganges“ geworden, also zu willfährigen Opportunisten. Demgegenüber plädieren sie dafür, nicht einfach die alten marxistischen Parolen blind zu wiederholen, sondern sie erachteten es als „notwendig für jeden einzelnen Betroffenen, sich die Bestimmung der Inhalte aus der Wirklich selbst erarbeiten zu können. Das ist letztlich eine Frage der Methode. [...] Das Entwickeln einer Methode zur Erlangung der eigenständigen Kritikfähigkeit“ bezeichnen sie daher auch als das zentrale Ziel der Mitarbeit in der FSTA. Mit Blick auf die DKP-dominierten Strukturen, hier insbesondere die Macht über die Medien (in Form der Fachschaft Öffentlichkeitsarbeit), entdecken sie aber auch (den Opportunismus parodierend) „eine andere Möglichkeit, sich des Problems (also der Herausbildung eigenständigen Denkens) zu entledigen: nämlich seine Ursache im Menschen zu beseitigen: ‚sein Gehirn‘. Oder wer behauptet, daß man sein Gehirn braucht?“

Vom Opportunismus zum Herrschaftsapparat:

ES = GIBT = KEIN = JUGENDZENTRUM = IM  
SELBSTVERWALTUNG = =  
ES = GIBT = NUR = EIN = DKP = AO (AUFBAU =  
ORGANISATION) = ZENTRUM  
Vor einigen Wochen stellten die Fachschaften im Jugendzentrum  
Mannheim unter Anleitung der DKP-Führung ihren Haushalt für  
1974 auf. Mit Unterschriftenlisten wollten sie bei der Stadt  
um Geld betteln. Wir, die Fachschaft "Kommunikatives Wohnen",  
haben schmierige Bettelzettel abgelehnt und ausserdem haben wir  
es abgelehnt, für jemand anderen Geld zu fordern: nämlich für  
die DKP-Führung. Jetzt sagt die DKP-Führung (wir haben et-  
was gegen Führer- wir wollen uns selbst bestimmen), wir wür-  
den von ihr verboten werden, weil wir die Listen nicht unter-  
schrieben haben. Das ist eine Frechheit! Denn der DKP geht es  
nur darum, jeden Widerstand zu vernichten. Im Juli 1973 wur-  
den von der DKP-Führung zwei Fachschaften (FS Theoretische  
Aufarbeitung, FS "Fachschaft") verboten, die die Selbstver-  
waltung = Selbstorganisation von Bedürfnissen verwirklichen woll-  
ten.

[...]

Wir haben uns diesem Modell verweigert, indem wir uns als Fachschaft aufgelöst haben.  
 Wenn das DKP-AO-Zentrum genauso stinkt wie uns, ~~der~~ kann sich  
 FREITAGS 19.00 Uhr mit uns treffen!

----FACHSCHAFT-KOMMUNIKATIVES--OHNE--

GRUPPE SELBSTORGANISATION

Zwischen diesen beiden Ausschnitten des Flyers lag ein langes Zitat aus dem obigen E&K-Text. Dieser war den Jugendlichen im JUZ also bekannt, wie aus der Stellungnahme der (vormaligen) Fachschaft Kommunales Wohnen (FSKW) – jetzt Gruppe Selbstorganisation genannt – ersichtlich wird. Sie war die letzte Querulantin, die sich bis Ende 1973 den DKP-Verboten noch umwunden hatte (die FS Theoretische Aufarbeitung und die FS Fachschaft waren zu diesem Zeitpunkt bereits verboten). Besonders deutlich wird hier durch die Umbenennung zur „Gruppe Selbstorganisation“ nochmal die Kritik am Selbstverwaltungskonzept, wie es von der DKP umgesetzt wurde. Im Flugblatt wird der Wandel deutlich: Das einstige Vorhaben der Spontis, „Selbstverwaltung“ als „Selbstorganisation von Bedürfnissen“ zu begreifen und zu verwirklichen, musste revidiert werden: Mit der Ablösung vom Begriff der Fachschaft (Inbegriff der JUZ-Selbstverwaltungsstruktur) und der Etablierung der „Gruppe Selbstorganisation“, ist sowohl auf der theoretischen wie praktischen Ebene Reformglauben des Konzepts Selbstverwaltung beerdigt wurden.

### 3.2.3) Kritik am Adressat\*innen-Verständnis der DKPler

Wie wir schon mehrfach andeuteten, kritisierten die Spontis das schablonenhafte Denken der DKP und erkannten dadurch andere Zielgruppen (nicht nur Lehrlinge, sondern auch Drogenabhängige, [psychisch] Kranke, sog. Asoziale/„Lumpenproletariat“ etc.). Hier einige Ausführungen dazu:

ZUM THEMA(AUSGEFLIPPTE?)FIXER ETC

Für die traditionelle Linke ( auch die DKP) ist das subjekt einer Veränderung nur erfaßbar in verdinglichten kategorien :  
 " ein Ausgeflippter wird eben nicht als ausgeflippter gesehen sondern als Schüler, Lehrling, Jungarbeiter, der ausfliept" [...]

Diesem Schema liegen folgende Fehlurteile zugrunde:

- 1) Das Fixen, Kiffen und ausflippen anderer Art und Weise ist nicht schlecht, sondern ein Zeichen von Lebendigkeit, allerdings blinder Lebendigkeit (es gibt übrigens Leute die 30 oder 40 Jahre gefixt haben und trotzdem effektive politische Arbeit geleistet haben, andere sind nach 10 Jahren opiatgerauchs erst auf den trichter gekommen). das ausflippen, das ausflippen ist protest gegen die verhältnisse nicht fluch wie das die "quick" z. B. schreibt. *Flucht als Protest*
  - 2.) scheint bei solcher Behandlung des Themas immer etwas der verdinglichte begriff von "basis" bzw. "materieller Produktion" durch. ihm zufolge sind nur die revolutionär, die direkt ausgebeutet werden, d. h. die den mehrwert erzeugen die fixer, Kaffier, rocker, intellektuelle, ausgeflippte und andere Gruppen die nach diesem Schema nicht an der unmittelbaren mehrwertproduktion beteiligt sind, müssen sich also, um etwas zu verändern der "wahrhaft revolutionären basis" anschließen oder dieser auf die sprünge helfen, um sich ihr dann anzuschließen. sie können als ausgeflippte nie verändernd tätig werden, sondern nur als lehrlinge, schüler etc.
- schon marx sprach vom gesamtarbeiter als dem mehrwert erzeugenden subjekt. der gesamtarbeiter schließt alle ein, die die produktion ermöglichen, d. h. auch die, die nicht direkt produktiv tätig sind, alle, die im technologischen ganzen verplant sind um nicht aus ihm auszubrechen, produzieren also den mehrwert, das

Macht endlich Schluss mit den Weissmachern des Systems -  
lasst euch nicht länger tyrannisieren!

Die Forderung, die den Domizilunruhen folgte, war klar und eindeutig: JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG! Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

- a) was ist Jugend und wen schließt dieser Begriff ein?
- b) was ist Selbstverwaltung?
- c) welche Konsequenzen ergeben sich aus der jetzigen Arbeit des Jugendzentrums?

Jugendzentrum ist ein Zentrum für die Jugend und nicht eine Einrichtung einer bestimmten Gruppe (DKP), die das Zentrum für ihre Zwecke mißbraucht. Der Sinn des Jugendzentrums liegt vordergründig im Vorhandensein von Räumen, deren Benutzung nicht vom Profitstreben abhängig ist (DOMIZIL). In der Weiterentwicklung dieser Verselbstständigung muß die Arbeit des JZ darin gesehen werden, unsere Konsumbedürfnisse zu erkennen (z. B. wenn einer der Redehemmungen hat, den Führer seiner Gruppe für sich reden läßt, anstatt selbst zu handeln) und innerhalb der Möglichkeiten des kapitalistischen Systems abzubauen. Konkret heißt das, nicht davon auszugehen Mannheimer Lehrlinge und Schüler ins JZ zu locken, sondern sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen zu orientieren. In

Demgegenüber haben die offiziellen, d. h. nach außen getragenen Flugblätter, die die Medienzensur der DKP durchlaufen haben, stets einen anderen Duktus. Hier stehen nicht nur Forderungen an die Stadt im Mittelpunkt, sondern auch soziale Probleme, die nicht in ihr politisches Aktionsfeld gehören, werden an die Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens verwiesen:

## WAS WOLLEN WIR IM JUGENDZENTRUM MACHEN?

"sinnvolle Freizeitgestaltung ohne Nepp und Konsumzwang": Das heißt auf der einen Seite: zwangloser Treffpunkt mit möglichst billigen Getränken und Veranstaltungen (Tagescafe, Diskothek). Zum anderen aber die konkrete Arbeit in den Fachschaften, wo Projekte wie Theaterstücke machen, Filmen, Photographieren usw. angegangen werden, mit denen man seine eigene Lage im Betrieb und in der Schule darstellen und ~~an~~ den anderen vermitteln kann. Weiter wollen wir einen Kindergarten und eine Kfz-Werkstatt machen, die deshalb noch nicht verwirklicht werden können, weil die Stadt uns zu wenig Geld und Räume gegeben hat.

## WAS WIR IM JUGENDZENTRUM NICHT MACHEN KÖNNEN!

In der kurzen Zeit ~~we~~ seit unserer Eröffnung am 1. Mai wurde uns schon klar wieviel man in Mannheim für das Drogenproblem ~~z~~ (die Fixer, Säufer, Kiffer) tun müßte, um sinnvoll zu helfen, und wir haben gemerkt, wie wenig hier auf diesem Gebiet getan wird. Das Jugendzentrum kann eine Hilfe sein für die, die noch nicht bei der Droge angelangt sind oder schon davon losgekommen sind. Die notwendige medizinische und therapeutische Arbeit mit Leuten die Drogenabhängig sind, können wir im Jugendzentrum jedoch nicht leisten. Hier fehlt es in Mannheim an Einrichtungen in ausreichendem Umfang, wo solche Probleme vom Ansatz her richtig behandelt ~~we~~ werden können, d.h. keine "Irrenhäuser", sondern Plätze wo mit Unterstützung von Ärzten und Therapeuten die Drogenabhängigen einander helfen sich selbst zu helfen und sich mit der Ursache ihrer Situation auseinandersetzen lernen.

WIR FORDERN DESHALB VON DER STADT!

[...]

ERRICHTUNG UND UNTERHALTUNG VON MEDIZINISCH-THERAPEUTISCHEN  
EINRICHTUNGEN FÜR DROGEN-KRANKE!

INFORMATIONSVORANSTALTUNG  
ZU UNSEREN FORDERUNGEN  
AM 16.6.73 19.00



#### 4) Wie ging's nach 1973 weiter? Zur Frage nach Perspektiven

Aus dem 10-Jahres-Jubiläumsheft von DINGS lässt sich entnehmen, wie die DKP-Fraktion die Verdrängung der „Chaoten“ und der „Drogenabhängigen“ als Erfolgsgeschichte ihrer Herrschaftssicherung begreift. Ab Anfang/Mitte der 1980er Jahre bröckelte dieses Herrschaftssystem jedoch allmählich und in einem Praktikumsbericht aus dem Jahr 1987 werden die Machtkämpfe mit der nachkommenden Generation nur noch als eine des „harten Kerns“ beschrieben. In dieser Zeit wurden neue Wegmarker gesetzt, so etwa der Umbau der Selbstverwaltungsstruktur (insbes. Auflösung des Delegiertenvorstands)



Sollten wir wollen, dass wir irgendwann auf die hier im Comic vom Jahresbeginn 1973 angesprochene Frage der Überalterung (von Struktur und Nutzer\*innen) antworten müssen, sie hat sich auf groteske Art bewahrheitet, dann wäre es sinnvoll in nicht allzu ferner Zukunft auf dem Boden der historischen Erkenntnisse eine Strategiedebatte einzuleiten. Anknüpfungspunkte könnten sein:

- Damals wirklich deutlich mehr diskutiert und offen politisch gestritten. Das ist für eine Phase, in der erstmalig die Formen des Zusammenlebens neu bestimmt werden mussten, alles andere als verwunderlich. Zu fragen wäre dennoch, was sonst noch strukturell (am Modell, an den gesellschaftlichen Bedingungen etc.) dazu führt, dass es ruhiger im JUZ geworden ist und ob man daran etwas ändern will/kann. Was bedeutet also Politik heute? Welche Tragfähigkeit hat die gegenwärtige Fachschaftsstruktur (etwa hinsichtlich der Differenzvermittlung)?
- Aktuell werden im linken Diskurs immer wieder Strategie-Debatten geführt (Neue Klassenpolitik, Bedeutung des Insurrektionalismus im Zuge von G20, Strategiepapier ‚Der kommende Aufprall‘ der Antifa Kritik und Klassenkampf FFM). Vor dem Hintergrund der E&K-Position und des SB (Kritik an subkulturellem Insel-Denken) sowie der Prekarisierungs- und Gentrifizierungsprobleme könnte die Bedeutung des JUZ für die Stadtbevölkerung neu diskutiert werden. Was bedeutet dahingehend stadtteilbezogene Solidarität? Für wen sind wir wirklich offen? (Stichwort migrantische Jugendliche vor der Tür) Brauchen wir wieder eine stärkere Orientierung auf Jugendarbeit und was würde sie heute bedeuten?

- Welche Lehren können wir zur Gestaltung des 1. Mai ziehen? Die JUZ-Gründung, die eng mit diesem Datum verbunden ist, muss (auch) als Datum eines Scheiterns, nämlich einer inklusiven Linken verstanden werden, deren Klassenanalyse nicht die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen reflektierte (etwa die Ausblendung von Migrationsperspektiven etc.)

*Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!*

## **Anhang: Ankündigungstext**

Daniel Katzenmaier und Norman Böttcher (Fr, 21.2.2020, 18 Uhr, JUZ MA): „Gegen einen starken Staat im JUZ“ und die „Champions der Selbstenthirnung“ – Zu historischen Konfliktlinien im Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim und ihrer politischen wie pädagogischen Bedeutung (bis in die Gegenwart)<sup>4</sup>

Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung ‚Friedrich Dürr‘ in Mannheim steuert so langsam auf seinen 50. Geburtstag entgegen – und das, obwohl es seit jeher von der politischen Rechten angegriffen (wie 2017 von der Mannheimer CDU oder zuletzt der AfD-Fraktion erneut während der Haushaltsverhandlungen) und von innerlinken Positionskämpfen begleitet wird. Bereits im Jahr 1973, also dem Jahr der JUZ-Gründung, kritisierte die undogmatische Redaktion von ‚Erziehung und Klassenkampf – Zeitschrift für marxistische Pädagogik‘ die im JUZ rasch eingelegte Vorherrschaft der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Diese verstehe das JUZ „nur“ als „vopolitischen Raum“, um über DKP-Berufsjugendliche den Parteieintritt zu erwirken und verleugne dadurch die auch im Freizeitbereich existierenden „politischen Lernpotenzen, die in Selbstorganisationsprozessen angelegt sind.“ Die DKP reduziere die politischen Dimensionen der Arbeit lediglich auf „zwei Parolen“ und denunziere sämtliche Selbstorganisationsversuche von Jugendlichen „als kleinbürgerlich und chaotisch“.

Was derartige Konflikte für die politische wie pädagogische Arbeit bedeuteten und welche Entwicklung sie über die Jahre hinweg bis heute vollzogen haben, werden Daniel Katzenmaier und Norman Böttcher in ihrem Vortrag herausarbeiten. Sie sind beide politisch Aktive, promovieren zur Geschichte der Jugendarbeit und lehren an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen. Zuletzt haben sie dort ein Lehrforschungsprojekt zur Geschichte des Jugendzentrums in Selbstverwaltung Friedrich Dürr in Mannheim durchgeführt.

---

<sup>4</sup> Titel wurde verändert, siehe S. 1.